



› Gebt Raum den Frauen ‹

100 Jahre Internationaler Frauentag in Bremen



8.3.–31.3.2011
Haus der Bürgerschaft

9.3.–20.5.2011
Bremische Zentralstelle
für die Verwirklichung der
Gleichberechtigung der Frau

9.3.–20.5.2011
belladonna
Kultur-, Kommunikations-
und Bildungszentrum
für Frauen e.V.



» Gebt Raum den Frauen «

100 Jahre Internationaler Frauentag in Bremen

Dokumentation anlässlich der Ausstellungen zum Internationalen Frauentag 2011 im Haus der Bürgerschaft, in der Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau und im belladonna – Kultur-, Kommunikations- und Bildungszentrum für Frauen e.V.

Text erstellt von Edith Laudowicz
auf Grundlage der Publikation von Dagmar Stuckmann

Mitarbeit:

Prof. Dr. Renate-Meyer-Braun,
Romina Schmitter

»Frauenporträts –
buten und binnen«:

Anne Beel, Monika Brunnmüller,
Edith Laudowicz

VeranstalterInnen
der Ausstellung und
des Begleitprogramms:

Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau,
Bremer Frauenmuseum e.V.,
belladonna – Kultur-, Kommunikations- und
Bildungszentrum für Frauen e.V.,
Landeszentrale für politische Bildung,
DGB Bremen-Weser-Elbe,
Arbeitnehmerkammer Bremen

Die Ausstellung wurde
außerdem von folgenden
Institutionen unterstützt:

Der Senator für Kultur,
Hans-Böckler-Stiftung,
Länderstiftungen Heinrich Böll Stiftung
Bremen und Niedersachsen,
Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt

Grußwort



Liebe Bremerinnen und Bremer,

»Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen: Sie bekommen nichts.« Die französische Frauenrechtlerin Simone de Beauvoir trifft mit ihrem Zitat die Kernproblematik einer großen Zeitspanne.

Wir feiern in diesem Jahr den 100. Internationalen Frauentag. Im letzten Jahrhundert hat sich frauenpolitisch viel getan. Das Jubiläum ist eine tolle Gelegenheit, einen Blick zurückzuwerfen. Diese vorliegende Broschüre ist eine wunderbare Reise in die Vergangenheit.

Die Forderungen nach einer gleichberechtigten Teilhabe dürfen nicht leiser werden. Gleichstellung ist auch heute noch ein großes Thema, auch wenn sich Frauen bereits viele Rechte erkämpft haben. Die Mechanismen der Benachteiligung von Frauen sind heute nicht mehr so offensichtlich, oftmals aber noch sehr wirksam. Gerade deshalb sind der Internationale Frauentag und die Auseinandersetzung mit seiner Geschichte sehr wichtig.

Ich danke den Verfasserinnen dieser Broschüre ganz herzlich für ihr gleichstellungspolitisches Engagement und freue mich auf die Ausstellung, die in den Räume der ZGF, von belladonna und der Bürgerschaft zu sehen sein wird.

Ihre

Ingelore Rosenkötter

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales



Grußwort



Liebe Bremerinnen und Bremer,

zum 100. Internationalen Frauentag arbeiten in Bremen wieder viele engagierte Frauen daran, eine bunte Vielfalt an Veranstaltungen auf die Beine zu stellen. »Business as usual« also?

Ja und nein. Der Frauentag schafft es alljährlich, dass die unterschiedlichsten Frauen in unserem Bundesland zusammenkommen und an einem gemeinsamen Ziel arbeiten: Frauen sichtbar zu machen mit ihren Stärken, aber auch die Problemlagen zu benennen, mit denen Frauen im 21. Jahrhundert immer noch kämpfen: Sie sind Spitzenreiterinnen bei prekären Arbeitsverhältnissen, ihr Armutsrisiko ist hoch, sie sind in besonderer Weise von Gewalt betroffen, und Frauen in Führung sind immer noch Mangelware.

Und nein, kein business as usual, kein gewöhnlicher Frauentag steht an. Ein 100. Jubiläum ist Anlass, genau hinzuschauen und das Besondere hervorzuheben: Dass Frauen in Bremen sich so gut vernetzen und so viele wichtige Initiativen entwickeln, macht die ganz eigene Lebensqualität Bremens aus.

Der umfangreiche und eindrucksvolle Rückblick auf die vergangenen 100 Jahre zeigt, wie erfolgreich Frauen sind, wenn sie trotz und mit ihren vielfältigen Lebensmustern gemeinsame Sache machen: So eroberten sie vor 92 Jahren das Wahlrecht, so sorgten sie dafür, dass der Gleichberechtigungsartikel bei der Gründung der Bundesrepublik ins Grundgesetz aufgenommen wurde, und so wurde auch die Vergewaltigung in der Ehe 1997 endlich zu einem Straftatbestand, um nur einige Errungenschaften zu nennen.

Das Erreichte ist uns leider nicht sicher. Immer wieder drohen Rückschritte. Immer noch haben sich Frauen an ein System anzupassen, dessen Spielregeln von Männern gemacht wurden und noch aus einer Zeit stammen, als fast hinter jedem erwerbstätigen Mann eine Frau stand, die ihm den Rücken freihält.

In diesem männlich definierten Feld haben sich Frauen ihren Platz erobert. Noch nie hatten wir so viele gut ausgebildete junge Frauen wie jetzt, und sie sehen es als selbstverständlich an, ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Bis Frauen es in unserer Gesellschaft zur gleichen Definitionsmacht schaffen, ist es allerdings noch ein weiter Weg. Er kann nur dann gelingen, wenn auch Männer ihre gelebten Rollenbilder in Frage stellen und verändern lernen.

Das Ziel ist immer noch eine geschlechtergerechte Verteilung von Lebenschancen, von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Das ist heute noch so wie vor 100 Jahren.

Ihre Ulrike Hauffe
Landesbeauftragte für Frauen

Vorwort



Dagmar Stuckmann



Edith Laudowicz

100 Jahre Internationaler Frauentag in Bremen zu dokumentieren war – wie bei allen Ausstellungen, die sich mit Frauenthemen befassen – kein leichtes Unterfangen. Fotos, Dokumente und andere Unterlagen wurden gar nicht oder nur spärlich gesammelt. Erst mit den Aktivitäten der Frauen ab Beginn der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts sind viele Informationsquellen vorhanden, die für die Publikationen und die Ausstellung genutzt wurden. Wir danken allen, die durch ihre Arbeit dazu beitrugen, dass die Ausstellung und die Publikationen realisiert werden konnten. Wir danken allen, die durch ihre finanzielle Unterstützung die Ausstellung und die Broschüre ermöglichten.

Die vorliegende Broschüre ist die Kurzfassung einer Forschungsarbeit, die vom DGB Bremen und von der Hans-Böckler-Stiftung angeregt und gefördert wurde. In ihr wird ausführlich die Geschichte dieses Tages dargestellt.

Ursprünglich war er eine Initiative der Sozialistischen Fraueninternationale, die auf der 2. Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen 1910 beschloss, jährlich einen eigenen Kampftag zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts und für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu veranstalten. Realisiert wurde er in Deutschland und auch in Bremen zum ersten Mal am 19. März 1911. An den Bremer Kundgebungen, die die sozialdemokratischen Frauen organisiert hatten, nahmen fast 3.000 Frauen teil. Bis in die 1960er Jahre hinein blieb der Internationale Frauentag ein Protesttag der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

Die enge Einbindung der sozialistischen Frauenbewegung in die Arbeiterbewegung und ihre Parteien und Organisationen führte dazu, dass die politischen Meinungsverschiedenheiten die politische Arbeit der Frauen mit geprägt haben. Das betraf auch den Frauentag. Bei der Durchsetzung ihrer Forderung, den Frauentag tatsächlich kontinuierlich begehen zu können, sahen sich die Frauen den Widerständen ihrer zumeist männlich dominierten Leitungsorgane ausgesetzt. Und die Ausgestaltung der Frauentage war ein Spiegelbild der Richtungskämpfe innerhalb der eigenen Reihen.

Als schließlich 1933 die Nationalsozialisten die Macht übernahmen, gehörte auch der Internationale Frauentag zu den verbotenen Projekten der Arbeiterbewegung. Zum frauenpolitischen Mittelpunkt in der NS-Zeit wurde der Muttertag erklärt. Den Internationalen Frauentag nahmen die verfolgten Kommunistinnen und Sozialdemokratinnen mit in die Illegalität, in die Zuchthäuser und Konzentrationslager. Und er begleitete die Frauen auf ihrer Flucht vor den Besatzungstruppen der deutschen Wehrmacht in die Emigration. Er wurde zum Symbol des Widerstandes gegen die Naziherrschaft.

Als 1945 der Krieg endlich zuende ging, waren es vor allem die Frauen, die den Alltag bewältigen mussten. Sie ließen sich allerdings nicht auf diese Aufgaben beschränken, sondern mischten sich politisch ein und forderten, die Gleichberechtigung auch gesetzlich zu verankern. Die Teilung Deutschlands führte erneut dazu, dass die Frauentage, veranstaltet von der SPD und KPD, mit ihrer Frauenorganisation, dem DFD, an unterschiedlichen Tagen und nach dem Verbot der KPD und der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 durch die SPD schließlich in Bremen gar nicht mehr stattfanden.

Erst mit Beginn des Protests von Studentinnen gegen patriarchale Bevormundung, mit dem Aufbegehren von Frauen in den Gewerkschaften gegen mangelnde Berücksichtigung ihrer Anliegen in den eigenen Reihen, rückte der Frauentag wieder ins Blickfeld. 1975 wurde er offiziell in den UNO-Kalender der *»jährlich zu begehenden, bedeutenden Tage«* aufgenommen und er ist in vielen Ländern der Welt sogar ein gesetzlicher Feiertag.

In Bremen entwickelte sich ein breites Bündnis, das den Frauentag organisierte. Überwogen zu Beginn noch die Durchführung von Demonstrationen, Kundgebungen sowie sich anschließende Feste, wurde das Spektrum der Veranstaltungen auch aufgrund der Einbeziehung immer größerer Kreise von Frauen vielfältiger. Es beteiligten sich nicht nur die Parteien und Gewerkschaften, sondern nach anfänglichem Zögern auch die autonome Frauenbewegung, Migrantinnengruppen, Mädchenprojekte und Frauen-Kultureinrichtungen. Eine wichtige Rolle für die Organisation des Frauentages übernahm die 1986 gegründete Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) und über Jahre hinweg der Frauenausschuss im Deutschen Gewerkschaftsbund Bremen (DGB).

Die Ausstellung und die Publikationen machen deutlich, dass der Internationale Frauentag auch heute keineswegs überflüssig ist. Solange die Gleichberechtigung von Frauen in vielen Bereichen des Gesellschaftslebens nur ein papierenes Versprechen ist, ist auch der Frauentag notwendig. Die jüngsten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen weltweit lassen befürchten, dass es für Frauen noch viel zu tun gibt.



Dagmar Stuckmann
Bremer Frauenmuseum e.V.

Edith Laudowicz
Bremer Frauenmuseum e.V.

»Die Freiheit der Frau
ist die Grundlage
aller Freiheit auf der Welt«



Annette Düring



Margareta Steinrücke

*Margret Sanger,
Krankenschwester und Vorkämpferin für Geburtenkontrolle,
1920*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser!

Wir freuen uns sehr, dass durch die unermüdliche Forschungsarbeit von Dagmar Stuckmann und die tatkräftige Unterstützung von Bremer Frauenmuseum, belladonna und ZGF die Geschichte des Internationalen Frauentags in Bremen, die Kämpfe der Bremer Arbeiterinnen und Dienstmädchen, Angestellten und kleinen Selbstständigen, der gewerkschaftlich und politisch engagierten Frauen, aufgeschrieben und in Form einer Ausstellung und dieser Begleitbroschüre einem größeren Publikum, Frauen und Männern, zugänglich gemacht worden ist.

Mit Stolz können wir heute sagen, dass sich der Kampf der Gewerkschaftsfrauen, angeführt von Clara Zetkin, gelohnt hat. Auf dem Weg zur Chancengleichheit von Frauen und Männern wurde im letzten Jahrhundert viel erreicht. Frauen sind in die Parlamente eingezogen. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist im Grundgesetz verankert. Junge Frauen treten selbstbewusst auf. Wir Frauen haben auf der rechtlichen Ebene viel erreicht. Auf der ökonomischen, betrieblich-beruflichen Ebene und in der Politik dagegen können wir immer noch nicht von wirklicher Gleichstellung sprechen.

In Bremen verdienen Frauen im Durchschnitt 26 Prozent weniger als Männer. Frauen sind überproportional von geringfügig entlohnter Beschäftigung betroffen. Viele mühen sich täglich um eine Balance zwischen Familie und Beruf, dafür sind sie in den Führungsetagen der großen Unternehmen immer noch nur zu 2 Prozent vertreten.

Heute geht es deshalb nach wie vor um die Verwirklichung der Chancengleichheit, um gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben, an politischen Entscheidungsprozessen und gesellschaftlichen Ressourcen.

Wir wollen einen gleichberechtigten Zugang zu allen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit und ein wirksames Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Wir haben also noch gut was zu tun in den nächsten 100 Jahren!

Annette Düring
DGB
Region Bremen-Elbe-Weser

Margareta Steinrücke
Arbeitnehmerkammer
Bremen



› **Gebt Raum
den Frauen** ‹

ZEITTADEL

100 Jahre Internationaler Frauentag in Bremen



1909



Streikposten in Lawrence,
Massachusetts

Die Idee zum Internationalen Frauentag entstand im Zusammenhang mit den Kämpfen der Arbeiterbewegung gegen die unzumutbaren Arbeits- und Lebensbedingungen.

Erste Impulse für den Frauentag gingen vom Streik der Textilarbeiterinnen in New York 1857 aus. Zu weiteren Aktionen kam es 1908. Am 8. März 1908 marschierten 15.000 Textilarbeiterinnen, unter ihnen viele Immigrantinnen, durch New Yorks Lower East Side, um auf dem Union Square wirtschaftliche und politische Rechte einzufordern. Sie griffen dieses Datum in Erinnerung an den Streik am gleichen Tag des Jahres 1857 auf. Bereits 1908 hatten Frauen der Sozialistischen Partei Amerikas ein Nationales Frauenkomitee gegründet. Von diesen Frauen ging die Initiative aus, einen besonderen nationalen Frauentag durchzuführen. Auf ihren Vorschlag hin beschloss die Parteiführung der Sozialistischen Partei im Dezember 1908, dass in den Ortsorganisationen »...am letzten Februartag ...große Veranstaltungen zur Propagierung des Frauenwahlrechts und der sozialistischen Ideen organisiert werden« sollten. Der erste Frauentag wurde entsprechend dieser Deklaration in den USA am 28. Februar 1909 gefeiert. Er wurde zu einem Erfolg. Es hatte sich gezeigt, dass mit dem landesweiten Einsatz eine breite Öffentlichkeit erreicht werden konnte. Deshalb entschloss sich die Partei, »auch künftig am letzten Februartag einen Frauentag durchzuführen«. Bei dem Streik der Textilarbeiterinnen in Lawrence Massachusetts 1912, bei dem die Sozialistin Elisabeth Gurley Flynn eine wichtige Organisatorin war, forderten die Frauen »Brot und Rosen«, eine Losung, die später auch in Deutschland zu den Frauentagen aufgegriffen wurde.

Um die Jahrhundertwende war die Situation der Industriearbeiterinnen in allen Ländern ähnlich. Lange Arbeitszeiten, wenig Lohn, schlechte Arbeitsbedingungen waren in allen Fabriken anzutreffen. Hinzu kam die besondere Diskriminierung der Frauen, die weitaus geringere Löhne als die Männer erhielten und keinerlei Rechte und Möglichkeiten hatten, ihre Interessen zu vertreten. Diese Bedingungen führten zur Entwicklung der Arbeiterbewegung, zur Gründung von Gewerkschaften und zum Zusammenschluss von Frauen und Männern in sozialistischen Parteien. Frauen der sog. niederen Stände blieb als Erwerbsmöglichkeit neben der Fabrikarbeit nur die Tätigkeit als Dienstmädchen.

So war es auch in Bremen. Der überwiegende Teil der Frauen arbeitete als Dienstmädchen in bürgerlichen Haushalten in absoluter Abhängigkeit von ihren Dienstherrn. In den Fabriken waren sie unter menschenunwürdigen Bedingungen als ungelernte Arbeiterin – hier hauptsächlich in der Jutefabrik – beschäftigt und aufgrund der Entwicklung Bremens zu einer Metropole im Handel und Gewerbe als Kontorkraft. Außerdem war eine Reihe von ihnen als Kleinhändlerin im Textil- und Bekleidungs-gewerbe tätig. In allen Bereichen wurden sie schlecht bezahlt und hatten in der Regel die unqualifizierten Stellen inne.





II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz 1910, Eintrittskarte

Hinzu kam, dass Frauen absolut rechtlos waren: in der Familie waren sie dem Ehemann unterstellt, sie verfügten über keinerlei politische Rechte und durften sich bis zur Aufhebung des preußischen Vereinsgesetzes an politischen Vereinen und Versammlungen nicht beteiligen. Sie taten es dennoch. Während sich die Arbeiterinnen zunächst vorrangig für ihre sozialen Rechte einsetzten, kämpften die bürgerlichen Frauen um Berufsmöglichkeiten und um das Wahlrecht. Mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 setzten sich auch die Sozialistinnen verstärkt öffentlich für das Wahlrecht ein.

Auf der 1. Sozialistischen Frauenkonferenz 1907 in Stuttgart forderte Clara Zetkin eine Verpflichtung aller sozialistischen Parteien, sich für das allgemeine Frauenwahlrecht uneingeschränkt einzusetzen. Diese Forderung wurde mehrheitlich angenommen. Weil dieser Beschluss nicht umgesetzt wurde, forderte die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen, einen gesonderten Kampftag für das Frauenwahlrecht einzuführen.

Innerhalb der Bürgerlichen Frauenbewegung um die Jahrhundertwende wurde das Frauenwahlrecht kontrovers diskutiert: umstritten war, ob das allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen oder das Klassenwahlrecht der Männer auch für Frauen gefordert werden oder ob man für ein allgemeines oder ein ständisch orientiertes Wahlrecht eintreten sollte.

1910

In der BBZ vom 27. August 1910 hieß es: »In dem mit roten Bannern der parteigenössischen Organisationen Dänemarks reich geschmückten Saale des »Abejdernes Forsamlingsbygning«, des Kopenhagener Volkshauses, trat heute Freitag vormittag die zweite internationale sozialistische Frauenkonferenz zusammen«. Clara Zetkin hatte als Leiterin der Internationale der Sozialistinnen zu der Konferenz eingeladen.

Clara Zetkin und Käthe Duncker legten der Versammlung den folgenden Antrag vor:

»Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muss in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muss einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.«

Ein bestimmtes Datum wurde nicht festgelegt.



Volkshaus Kopenhagen

Clara Zetkin



Käthe Duncker

1911

1911 fanden die ersten Internationalen Frauentage in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt. In Bremenrief die SPD zu Versammlungen am 19. März 1911 im »Casino« Auf den Häfen und in der Turnhalle Bremerhavener-Straße in Walle auf, die sich mit dem Wahlrecht für Frauen befassten. Zu diesem Zweck war ein Flugblatt mit einer Auflage von 2,5 Millionen gedruckt und verbreitet worden.

Die BBZ vom 17. März 1911 veröffentlichte eine kurze Notiz, in der an die »verheirateten Genossen« der SPD »das freundliche Ersuchen« erging, ihren Frauen die Teilnahme an den Frauenwahlrechtsversammlungen »tunlichst zu ermöglichen«, und sie »soweit das unbedingt erforderlich sein sollte, im Hauswesen [...] zu vertreten«.

Nach der Veranstaltung in Walle marschierten gemäß Polizeibericht etwa 200 Frauen und Mädchen in Begleitung einzelner Männer zum Marktplatz und sangen Arbeiterlieder. Es ertönten Hochrufe auf das Frauenwahlrecht und das allgemeine, gleiche Wahlrecht statt das an diese Stelle des in Bremen gültigen 8-Klassenwahlrechts für Männer treten sollte.

1913

Am 12. Mai 1913 stand erneut das Wahlrecht im Mittelpunkt der Veranstaltungen der SPD in der Neustadt, in Walle und in der Innenstadt. Die BBZ veröffentlichte im Vorfeld mehrere Artikel zum Thema Frauenwahlrecht. Einer davon trug die Überschrift »Gebt Raum den Frauen«. Darin hieß es: »Auch wir Frauen wollen das Recht haben, den Herren auf die Finger zu sehen und nötigenfalls auch mal derbe zu klopfen. Zu den schweren Pflichten, die man uns seit langem an den Hals geworfen hat, fordern wir die staatsbürgerlichen Rechte«. Anschließend marschierten 300 Frauen, Kinder und Männer zum Domshof. Der Bremer Polizist Röder notierte: »Heute nachm. 5.15 Uhr sah ich auf Stehposten, Domshof, daß zirka 300 sozialdemokratische Frauen, 20 Kinder und etwa 10–15 Männer vom Markt kommend im geschlossenen Zuge nach dem Domshof zogen, wobei die Menge die Arbeitermarseillaise sang und öfter ein Hoch auf das allgemeine und gleiche Wahlrecht ausbrachte.«

Am 4. März 1913 organisierten die Sozialdemokratinnen eine Versammlung, die Helene Schweida, die Frauenvertreterin im stadtbremischen Parteivorstand der SPD, spätere Frau Wilhelm Kaisens, leitete. Auch diese Versammlung bekräftigte das Eintreten für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht.

Gegen großen Widerstand in der eigenen Partei setzten die Sozialdemokratinnen auf den Parteitag der SPD auf der Reichsebene immer wieder Aktionen zum Frauentag durch. 1914 organisierten die Frauen eine »Rote Woche«. In der BBZ am 9.3. appellierten sie an die Männer: »Wo die häuslichen Verhältnisse es nicht gestatten, dass Mann und Frau in diese Versammlungen gehen, sollte jedenfalls die Frau die Versammlung besuchen und der Mann zurückstehen.« 3.000 TeilnehmerInnen fanden sich am 9. März zur zentralen Veranstaltung im »Casino« ein. Von dort marschierten sie um 23 Uhr zur Kundgebung

Neunte öffentliche
Frauenversammlung,
Plakat, 1914

1914



in die Innenstadt, zu der sich noch mehr Menschen einfanden. Die Polizei löste die Versammlung auf.

Mit Kriegsbeginn 1914 galt der Belagerungszustand und politische Aktivitäten wurden verboten.

Innerhalb der Sozialdemokratie kam es aufgrund der Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten zur Spaltung. Die Bremer Sozialdemokratinnen erklärten sich am 27. April auf der Veranstaltung zum Internationalen Frauentag mit der Ablehnung der Kriegskredite durch die Redaktion der »Gleichheit«, der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift, die von Clara Zetkin geleitet wurde, solidarisch.

Im Ersten Weltkrieg war eine Durchführung des Internationalen Frauentages in den kriegsführenden Ländern nur illegal oder mit begrenzten Aktionen möglich. Am 27.4.1915 fand in Bremen lediglich eine geschlossene Veranstaltung der SPD-Frauen statt.

1915



Den Haager Konferenz 1915

Gegen den ausdrücklichen Willen des SPD-Parteivorstands fand im März 1915 in Bern auf Initiative Clara Zetkins die Internationale Frauenkonferenz statt, die den Krieg verurteilte und zu gemeinsamen Aktionen aller Frauen aufrief. Von dieser Konferenz ging eine Grußadresse an den 1. Internationalen Frauen-Friedens-Kongress pazifistischer Frauen in Den Haag, der einen Monat später tagte. Er rief ebenfalls zu Aktionen der Frauen gegen den Krieg auf. An diesem Kongress beteiligten sich aus Bremen die Pazifistinnen Auguste Kirchhoff und Adèle Schmitz. Sie sahen sich nach der Heimkehr als »Vaterlandsverräterinnen« beschimpft und polizeilich verfolgt.

1916

Die Lebenssituation der Menschen verschlechterte sich im Krieg von Tag zu Tag. Für alle Dinge des täglichen Bedarfs wurden Bezugscheine ausgegeben. Die SPD organisierte eine Volksversammlung zum Frauentag mit dem Thema »Wie steht es um unsere Ernährung?« Angesichts der massiven Verschlechterung der Lebenssituation der Menschen wurde gefordert: »Kampf dem Lebensmittelwucher und eine Mindestversorgung für die Bevölkerung«. Es kam zu einem öffentlichen Protest von 2.000 Frauen, den die Sozialdemokratinnen organisiert hatten.

1917

1917 wurde die Durchführung des Frauentages durch den Parteiausschuss der SPD unter von Friedrich Ebert verboten.

RUSSLAND

Der Streik russischer Textilarbeiterinnen am 8. März (nach altem russischen Kalender 23. Februar) in St. Petersburg/Russland, der unter der Losung »Brot und Frieden« stattfand und dem sich große Arbeitermassen anschlossen, weitete sich zu einer allgemeinen Streikbewegung und sozialen Unruhen aus. Im weiteren Verlauf verbündete sich das Militär mit den Arbeitern, was schließlich zur Februarrevolution und zur Abdankung des Zaren führte.



Plakat zum Frauentag 1920



Streik der Textilarbeiterinnen in St. Petersburg 1917

Mit dem Sieg der Bolschewiki wurde der Frauentag bis 1955 zu einem gesetzlichen Feiertag. Die Bolschewiki richteten eine Frauenabteilung unter Leitung von Inès Armand und später von Alexandra Kollontai ein, die mit Clara Zetkin befreundet war. Der Frauentag in der Sowjetunion diente vor allem der Propagierung eines neuen Frauenleitbildes.

Die Russische Revolution hatte große Auswirkungen in der internationalen Arbeiterbewegung und insbesondere die marxistisch orientierten Kräfte orientierten sich an der Sowjetunion.

Die II. Internationale Konferenz Kommunistischer Frauen in Moskau beschloss 1921, zukünftig den Frauentag in Anlehnung an die Aktionen der Frauen in St. Petersburg 1917 am 8. März zu begehen. Dies war verbindlich für alle Kommunistischen Parteien.

1918

Aufruf der USPD, 1919

Nach dem Sturz der Monarchie in Deutschland übernahmen die Arbeiter- und Soldatenräte die Forderung nach dem Frauenwahlrecht. Während der Räterepublik in Bremen wurde auf der Frauenversammlung am 10.11.1918 von Gesine Becker, Elise Kesselbeck, Käthe Ahrens und Rita Bardenheuer das uneingeschränkte Frauenwahlrecht vehement gefordert.

1919

1919 konnten Frauen erstmals wählen. In die Bremische Nationalversammlung (später Bürgerschaft) wurden 18 Frauen gewählt. Im Reichstag in Berlin, in den 37 Frauen eingezogen waren, hielt erstmals eine Frau – die Sozialdemokratin Marie Juchacz – eine Rede.

1920

Die Gestaltung der Frauentage von 1920 bis 1933 wurde wesentlich geprägt durch die Spaltung der Arbeiterbewegung in verschiedene Parteien: (SPD, USPD (1917–1922), KPD (seit Dezember 1918)). Dies verhinderte ein gemeinsames Vorgehen in der Frauenfrage.

Die Sozialdemokratinnen setzten auf die Durchsetzung der Frauenrechte im Parlament und damit entfiel für sie die Notwendigkeit, weitere Frauentage zu veranstalten. Sie stellten die Sozialpolitik in den Mittelpunkt. In der Frauenpolitik wandte man sich primär an die Hausfrauen und Mütter. Viele aktive Frauen innerhalb der SPD wurden in der Arbeiter-Wohlfahrt (AWO) aktiv, die 1919 von Marie Juchacz gegründet worden war und deren Vorsitzende sie bis 1933 blieb.

Da die KPD die Auffassung vertrat, eine eigenständige Frauenarbeit sei nicht mehr nötig, rief sie 1920 zu einer Volksversammlung am 9. Mai auf. Das Thema der Versammlung war: *»Die proletarische Frau im Kampf für die Weltrevolution«*.

1921

Die KPD veranstaltete in Bremen am 8. April 1921 eine öffentliche Frauenversammlung, auf der die junge Minna Otto, die als eine von wenigen Frauen dem Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrat angehört hatte, sprach. Im Polizeibericht heißt es über sie:

»Diese [Minna Otto] ist erst 20 Jahre alt, aber bereits eine gute Rednerin. [...] Sie sprach von bevorstehenden schweren Kämpfen und dass man nicht feig sein dürfe«. Minna Otto kritisierte in ihrer Rede die Haltung vieler Arbeiterfrauen, die häufig eher bereit seien, elende Zustände dulgend zu ertragen, statt sich dagegen aufzulehnen.

Minna Ottos Einsatz habe dafür gesorgt, dass es noch eine gute Veranstaltung geworden sei, hieß es in der »Roten Fahne« vom 12.4.1921.

1922

1922 kam es zur Vereinigung des größten Teils der USPD mit der SPD, nachdem ein kleinerer Teil bereits 1920 in die KPD eingetreten war. Die USPD-Frauen – unter ihnen Anna Stiegler, die Sprecherin der Sozialdemokratischen Frauen Bremens – setzten sich für die Erneuerung der Internationale der Sozialistinnen ein, auch mit Blick auf die bereits existierende Kommunistische Internationale mit ihrem Frauensekretariat unter Clara Zetkins Leitung. Die Gründungskonferenz der Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) tagte im Mai 1923 in Hamburg. Ihr voran ging eine Frauenkonferenz. Sie verabschiedete eine Entschlie-ßung zur »Wiedereinführung des 1910 in Kopenhagen beschlossenen Internationalen Frauentages«. Allerdings war die Entschlie-ßung recht unverbindlich abgefasst. Es wurde kein Termin festgelegt und es blieb den Ländern freigestellt, die Frauentage überhaupt durchzuführen.

1923

Angesichts der sich verschlechternden Lebensbedingungen und der Versuche, die Kosten der Ruhrbesetzung auf die Werk-tätigen abzuwälzen, rief die Bremer KPD 1923 dazu auf, den Frauentag zu einem Pro- testtag gegen die Reichsregierung zu machen. Mehr als 1.800 Menschen besuchten die öffentliche Volksversammlung in den »Centralhallen«.

Centralhallen
in der Düsternstrasse in der
Nähe des Findorff-Tunnels



1924

Die Inflation hatte die politische Lage verschärft. Die KPD erhielt wachsende Unterstützung und versuchte – auch in Bremen – mit Aufständen und Streikaktionen in Deutschland einen Revolutionsokto-ber wie in Russland zu organisieren. Das führte am 5. Oktober 1923 zum Verbot der Parteizeitung, dem »Nordwestdeutsche(n) Echo«, und wenige Tage später zur Besetzung des geheimen Parteibüros und der Druckerei. Die KPD wurde verboten. Der Frauentag wurde unter halblegalen Bedingungen vorbereitet.



1924

Das »Nordwestdeutsche Echo« veröffentlichte am 9. März die Forderungen zum Frauentag:

- Friedenslöhne, gleicher Lohn für gleiche Leistung
- Aufrechterhaltung des Achtstundentages
- Öffnung der Betriebe und Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess
- Beseitigung der Zwangsarbeit für Erwerbslose
- Umfassender Mütter- und Kinderschutz
- Beseitigung des Abtreibungsparagraphen 218

Auf der Versammlung im »Café Lehmkuhl« in der Waller Heerstraße sprach Gesine Becker. Nach der Veranstaltung bildete sich ein Demonstrationzug von 200 Menschen, den die Polizei jedoch auflöste.

1925

Im November 1925 fand auf Initiative des Internationalen Gewerkschaftsbundes die erste Konferenz des 1924 gegründeten Arbeiterinnenkomitees in Amsterdam statt. Diese Konferenz regte beim Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes an, »zur Propaganda für die Arbeiterinnenorganisation einen Internationalen Frauentag oder eine internationale Frauenwoche durchzuführen«.

Der Internationale Gewerkschaftsbund beschloss, dass die nationalen Verbände in Zukunft solche Frauentage abhalten sollten.

Auf der Reichsfrauenkonferenz der KPD am 12. Mai 1925 in Berlin vertrat die Parteiführung die Auffassung, Frauen hätten keine Sonderinteressen und deshalb sei eine eigenständige Frauenarbeit nicht mehr notwendig. Die Frauen folgten diesem Kurs nicht, ihre Aktivitäten ließen nach und viele verließen die Partei.

Aufruf der SPD 1926



1926

Der Frauentag 1926 hatte im Reich wie in Bremen in der Geschichte des Tages einen besonderen Stellenwert:

Zum ersten Mal nach der Spaltung der Arbeiterbewegung veranstalteten auch die SPD-Frauen den Internationalen Frauentag. Die Kundgebungen der Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen standen unter derselben Losung: »Keinen Pfennig den Fürsten«. Am 5. März 1926 fand eine Frauenversammlung der KPD im »Café Flora« in Gröpelingen statt. Die SPD feierte am 10. März in den »Centralhallen«. Anna Stiegler forderte »den Umbau der Schlösser zu Kinder- und Erholungsheimen« und rief zur Beteiligung am Volksentscheid im Juni 1926 zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten auf.



1927

1927 veranstaltete die SPD in den »Centralhallen« eine Kundgebung. Die Referentin Adèle Schreiber-Krieger bot einen Streifzug durch die Geschichte der Frauenbewegung und forderte am Schluss die Versammelten auf, die Weltgemeinschaft der Sozialisten zu stärken.

1928

Im Wahljahr 1928 fiel der Frauentag aus und es wurden »Frauenabende« als Wahlveranstaltungen durchgeführt.



Demonstration erwerbsloser Frauen zum Volksbegehren für Fürstenteilung, 1926

Flugblatt der SPD 1929



1929

1929 rief die SPD zur Frauenkundgebung in die »Centralhallen« auf. Zur Vorbereitung organisierte die SPD in der Neustadt und in Huckelriede Frauenversammlungen, auf denen Clara Jungmittag und Anna Stiegler sprachen. Im Mittelpunkt der Rede in den »Centralhallen« standen die Forderungen: »Frieden, Brot, Freiheit, Mutter- und Kinderschutz.« In den Frauentagsveranstaltungen der SPD unterstrichen kulturelle Beiträge die politischen Forderungen. Besonders beeindruckend war die Wirkung des Sprechchores, der den Text »Drei Minuten Gehör« von Kurt Tucholsky vortrug. »Erschüttert hörten die Anwesenden zu. Das Gelöbnis, für ewigen Frieden zu sorgen, und das »Nie wieder Krieg« war gewiß allen aus tiefstem Herzen gesprochen«. Mit dem gemeinsamen Gesang der »Internationale« wurde die Veranstaltung beendet.

1930



Plakat der SPD 1930

Bei den Wahlen zur Bürgerschaft 1930 wurde die NSDAP die zweitstärkste Partei. Dies veranlasste die KPD, den »Kampfbund gegen Faschismus« zu gründen. Aufgrund der Einschätzung der KPD, die Sozialdemokraten seien Sozialfaschisten, kam es zu keinem gemeinsamen Vorgehen gegen den Faschismus.

1930 organisierte die SPD eine Demonstration und eine Kundgebung. Wie üblich wurde alles von der Polizei feinsäuberlich notiert:

»Der eigentlichen Kundgebung ging eine Frauendemonstration voraus. Die Teilnehmer zum Umzug versammelten sich kurz nach 7.00 Uhr abends auf dem Spielplatz Nordstr. Um 7.40 Uhr rückten die Frauenabteilungen der Arbeitersportvereine unter Vorantritt eines 12 Mann starken Trommler- u. Pfeiferkorps, zwei rote Fahnen mitführend, in einer Stärke von 110 Personen, geschlossen auf den Platz. 40 Sportlerinnen



trugen Sportkleidung. Unmittelbar hierauf erfolgte der Abmarsch des Gesamtzuges... Außer den 12 Trommlern und Pfeifern der Arbeitersportler marschierten an der Spitze noch 10 rote Trommler und Pfeifer der Roten Falken. 12 rote Fahnen und zahlreiche Wimpel der Roten Falken wurden im Zuge mitgeführt. 10 Plakate enthielten die Forderungen der Frauen, wie: ›Wir fordern Schutz und Recht für Mutter und Kind‹.

Die kommunistische Fraktion im Reichstag legte einen Gesetzentwurf zum Schutz von Mutter und Kind vor, der die Abschaffung des § 218 im Strafgesetzbuch enthielt. Angesichts des Elends in den Arbeiterfamilien forderte die Fraktion das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper. 1931 erfolgte eine Selbstbeziehungskampagne ›Ich habe abgetrieben‹. Das Theaterstück ›Cyankali‹ von Friedrich Wolf zum Thema Abtreibung, das auch in Bremen aufgeführt wurde, führte zu großen Protesten gegen den § 218.

1931



Demonstration des
Rotfrontkämpferbundes

1931 veranstaltete die KPD Bremen anlässlich des Frauentags eine Demonstration in Gröpelingen für die Abschaffung des § 218, gegen den die KPD im ganzen Reich aktiv wurde. Die Bremer Polizei notierte dazu, dass ›an der Spitze des Zuges [...] eine Frau mit einem Kinderwagen [marschierte]. An dem Kinderwagen war an einer Stange eine grosse Tasse mit einem Plakat befestigt mit der Aufschrift: ›Diese Tasse erhielt ich beim 12. Kinde. Anschließend folgten 50 Frauen‹.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ab 1928 verschonten Bremen nicht. Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen, Senkungen der Versorgungsbezüge und Wohlfahrtsunterstützungen trafen vor allem die Masse der Arbeiterfamilien.

Dem Zusammenbruch des Großunternehmens ›Nordwolle‹ 1931 in Delmenhorst folgten zwei Bankenschließungen. Der Haushalt der Hansestadt wies ein riesiges Defizit auf, das selbst durch rigide Sparmaßnahmen nicht behoben werden konnte.

Die Nationalsozialisten gewannen immer mehr Einfluss, Gewaltakte der SA und SS nahmen zu. Angesichts der Krise und des Anwachsens faschistischer Gewalt wurde der Internationale Frauentag der SPD Bremen 1931 unter das Motto ›Gegen Krieg und Naziterror – für Sozialismus und Frieden‹ gestellt.

Auf dem SPD-Parteitag 1931 wurde eine Resolution des zentralen Frauenbüros verabschiedet, die die Gefährdung der Frauenemanzipation durch die NSDAP darstellte und die Frauen zum Widerstand gegen die faschistische Bedrohung aufrief. In den Frauenbeiträgen der BVZ wurden die frauenfeindlichen Vorstellungen der NSDAP angeprangert: ›Zeige ihnen, daß das ›Dritte Reich‹ der Nationalsozialisten, kein Reich von morgen, sondern eins von vorgestern sein würde! Die Hakenkreuzler haben betont, daß die drei W's der Landsknechte: Wein, Weib und Würfel, auch den Lebensstil ihrer Männer ausdrücken. Kultur und Vernunft sind dieser Partei unbekannte Begriffe. [...] Als Frau zu den Nationalsozialisten stehen, heißt sich selbst aufgeben‹ (BVZ vom 10. April 1931).



Stimmung

Aufruf der KPD 1931



1932

Im Wahljahr 1932 verzeichnete Bremen die höchste Arbeitslosigkeit im Reich, von 1.000 Familien waren 250 von Arbeitslosigkeit betroffen. Bei den Wahlen konnte trotz aller Aktionen der Arbeiterbewegung die NSDAP Stimmgewinne verzeichnen.

Die KPD führte im »Café Lehmkuhl« in Gröpelingen eine gut besuchte Frauentagsveranstaltung durch, auf der eine Agitpropgruppe, ein Arbeitergesangverein und ein Arbeiterblasorchester auftraten. In der Versammlung wurde die Kürzung der Sozialausgaben durch den Staat angeprangert, die sich vor allem in den Arbeiterhaushalten stark bemerkbar machte. Die versammelten Frauen und Männer (ca. 20 %) wurden auf den Wahlkampf hin orientiert und dazu aufgefordert, den Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann, zu wählen. Die KPD hatte mit ihrem verbalradikalen Auftreten bei den Frauen wenig Erfolg, bei den weiblichen Wählern sank ihr Stimmenanteil.

1933



Toni Sender,
Reichstagsabgeordnete
der SPD

Am 5. März 1933 standen die Wahlen zum Reichstag an. Angesichts des wachsenden Einflusses der NSDAP mobilisierte die SPD alle Kräfte. Auch der Frauentag am 23. Februar 1933 stellte die Abwehr der drohenden faschistischen Gefahr in den Mittelpunkt. Nach einer Kundgebung durch die Stadt eröffnete Helene Kaisen die Versammlung in den »Centralhallen«. Dort sprach die Reichstagsabgeordnete Toni Sender, die mit scharfen Worten die Helfershelfer der Hitlerpartei kritisierte. Sie forderte die Kommunisten auf, den gemeinsamen Kampf aufzunehmen. Nur sieben Tage später musste sie Hals über Kopf vor den Nazis flüchten.

Mit dem Parteienverbot 1933 und der allgemeinen Verfolgung der Arbeiterbewegung durch die Nationalsozialisten gab es auch keine Internationalen Frauentage mehr.

Dagegen wurde der Muttertag als »Ehrentag der deutschen Mutter« im NS-Regime zu einem nationalen Feiertag am 2. Maisonntag. An die Stelle der Forderungen nach gleichberechtigter Teilhabe und Mitgestaltung der Frauen in allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens trat im Nationalsozialismus die Ideologie der getrennten Wirkungsräume von Männern und Frauen. Frauen wurden aus den politischen Entscheidungsgremien ausgeschlossen. Ihre Bestimmung lag nach Auffassung der NS-Ideologen in der Mutterschaft. Die sollte zur Lebensaufgabe der Frauen werden.

Nach der Machtübernahme der NSDAP setzte in Bremen – wie anderswo auch – sofort die Verfolgung der Arbeiterbewegung ein. Innerhalb der SPD entwickelte sich auf Initiative Anna Stieglers eine illegale Frauenorganisation, die unter den Frauen Gelder für die Familienmitglieder Verhafteter sammelte. Die Frauen trafen sich im Juni 1933 im Licht- und Luftbad auf dem Stadtwerder. Sie veranstalteten »Ausflüge« und »Geburtstagsfeiern«, auf denen politische Vorträge gehalten wurden. 1934 wurde Anna Stiegler verraten und zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.



Käthe Popall

Nach Verbüßung der Strafe wurde sie in das Frauen-KZ Ravensbrück gebracht, wo sie bis zum Kriegsende bleiben musste.

Auch innerhalb der KPD waren die Frauen im Widerstand aktiv: sie tippten Flugblätter, sammelten Gelder und verteilten illegales Informationsmaterial. Maria Krüger betrieb eine kleine Leihbücherei im Hafengebiet, die für die im Widerstand arbeitenden Kommunisten eine Anlaufstelle wurde. 1943 wurde sie verhaftet. Auch Käthe Popall, die 1930 in die Bürgerschaft gewählt worden war, leistete ab 1933 in Berlin illegale Arbeit. Sie wurde 1935 verhaftet und blieb bis 1945 Gefangene in verschiedenen Gefängnissen und Lagern.

Frauenkongress
1934

1934



Im August 1934 versammelten sich in Paris Vertreterinnen sozialdemokratischer, pazifistischer und anderer Organisationen, darunter 60 Frauen aus Deutschland, die sich gegen die frauen- und friedensfeindliche Politik der deutschen Nationalsozialisten und italienischen Faschisten wandten. Ihr Ziel war eine breite antifaschistische Frauenbewegung.

65 Delegierte des Kongresses bildeten ein Internationales Frauenkomitee gegen Krieg und Faschismus, das im Oktober 1935 in Paris erneut einen Friedenskongress durchführte. Im Mai 1938 organisierte es den »Weltkongress der Frauen für Frieden und Demokratie in Marseille« an dem 700 Delegierte aus 17 Nationen teilnahmen.

1943

Albert Oltmanns, der bei Borgward beschäftigt war, berichtete nach dem Krieg über eine Aktion zum Frauentag 1943 bei Borgward.

Eines Tages wandten sich die ukrainischen Zwangsarbeiterinnen an ihn mit der Bitte, er möge ihnen rote Stofffarbe besorgen.

»Wenige Tage später, wurden die Frauen wie immer in geschlossener Kolonne zum Firmengelände geführt. Als sie dann aus der Umkleidekabine heraustraten und die Treppe zur Werkshalle herunterkamen, trugen die etwa einhundert Frauen statt der bisher weißen Kopftücher alle rote Tücher. Schweigend nahmen sie ihre Arbeit auf.«

Auch in den Konzentrationslagern gab es trotz massiven Terrors Aktionen von Frauen. Antifaschistinnen aus verschiedenen Ländern trugen, wenn sie über die Lagergrenzen gingen, am 8. März als Ausdruck ihres Bekenntnisses zu den Ideen des Internationalen Frauentages einen roten Nähfaden auf der Jacke der Häftlingskleidung. Er wurde von den Aufseherinnen und Wachmannschaften der SS nicht bemerkt, wohl aber von den gleichgesinnten Mithäftlingen.

DDR

1946 wurde in der sowjetischen Besatzungszone der 8. März wieder gefeiert. Allerdings war er kein Kampftag für die Rechte der Frauen mehr, sondern es waren offizielle Feiern für die Frauen, in denen ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungen gewürdigt wurden. Blumen, Glückwunschkarten und Urkunden, Pralinen und Prämien



gehörten dazu und gaben ihm mehr und mehr den Anstrich eines Muttertages. Neben einer zentralen staatlichen Feier, bei der seit 1954 die »Clara-Zetkin-Medaille« als besondere Auszeichnung an verdiente Frauen verliehen wurde, wurden die Frauentage durch die Betriebe, die Gewerkschaften und maßgeblich auch durch den Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) ausgerichtet. Er diente in der öffentlichen Propaganda der Aufwertung der politisch erwünschten Erwerbstätigkeit von Frauen.

Der DFD wurde 1947 auf dem Friedensfrauenkongress vom 7.–9. März im sowjetisch besetzten Teil Berlins als überparteiliche und überregionale Frauenorganisation in Berlin gegründet, vertrat faktisch aber die offizielle Politik der SED.

Der DFD war Mitglied in der »Internationalen Demokratischen Frauen Föderation« (IDFF), die als Hauptanliegen »den Kampf für Frieden und Abrüstung, für nationale Unabhängigkeit und Demokratie, für die Rechte der Frauen und das Glück der Kinder« in den Mittelpunkt stellte. Der IDFF gehörten weltweit zahlreiche sozialistisch orientierte Frauenorganisationen an.

1946

In Bremen waren die Frauen in der Nachkriegszeit vor allem mit dem alltäglichen Überlebenskampf beschäftigt. Sie räumten den Schutt weg, sorgten für Lebensmittel und Bekleidung, kümmerten sich um das Schulwesen und die Kinderbetreuung.

1946 gründete sich der Bremer Frauenausschuss (BFA). Zu den Gründerinnen gehörten die Gewerkschafterin und Journalistin Irmgard Enderle, die Sozialdemokratin Anna Stiegler, die Liberale Agnes Heinen, die Kommunistin Käthe Popall und Anna-Klara Fischer, die dem »Bund für alkoholfreie Kultur« angehörte. Der Frauenausschuss versuchte zunächst, vor allem durch gemeinsame Aktionen die Lebenssituation zu verbessern. Er setzte sich aber auch auf allen politischen Ebenen für die Gleichberechtigung der Frau ein und verfolgte das Ziel, Frauen für die politische Arbeit zu gewinnen.

Anstehen für Lebensmittel



Der Kalte Krieg, der die Spaltung Deutschlands in zwei sich feindlich gegenüberstehende Teilstaaten mit sich brachte, führte dazu, dass eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen unmöglich wurde. Da der Frauentag in der DDR am 8. März begangen wurde, verlegte die SPD ihre Veranstaltungen auf ein anderes Datum. Zu einer Zusammenarbeit mit den Kommunistinnen kam es bis zum KPD-Verbot nicht, Anna Stiegler protestierte bis 1956 fast jedes Jahr in öffentlichen Stellungnahmen gegen die Veranstaltungen der KPD und des DFD und wies deren Angebote zur Zusammenarbeit zurück.

1948

Die Bremer KPD organisierte erst 1948 wieder einen Frauentag. Er stand unter dem Motto *»Einheit Deutschlands, Sicherung des Friedens, volle Gleichberechtigung der Frau.«* Im Appell an die Frauen hieß es: *»Wir Frauen haben die Pflicht, unsere Kräfte überall mit einzuschalten, geht es doch heute mehr denn je darum, daß wir entscheidenden Einfluß gewinnen auf die weitere Entwicklung unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens, zum Wohle unserer Kinder und zur Sicherung eines gerechten, dauerhaften Friedens. [...] Wir wollen gesunde Kinder und glückliche Mütter.«*

1949

Anna Stiegler



Die Bremer SPD führte am 14. März 1949 ihren ersten Frauentag durch. Anna Stiegler, die Vorsitzende der SPD-Frauengruppe, lud zur Kundgebung ein. *»Die Aula der Hermann Böse-Schule war bis auf den letzten Platz gefüllt, als Anna Stiegler die Grüße und Aufrufe vom In- und Ausland zu Kenntnis gab,«* hieß es in der *»Bremer Volksstimme«*. Den Festvortrag hielt Käthe Schaub, SPD-Landtagsabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen. Sie sprach über die Bedrohung durch einen möglichen Atomkrieg, der durch eine *»geschlossene Abwehrfront der Frauen und Mütter«* verhindert werden müsse: *»wir [müssen] uns wehren gegen die Vorbereitung eines Atomkrieges. [...] Wer Frieden will, muß bewußt die Freundschaft pflegen mit allen Völkern der Erde. Die Erhaltung des Friedens muß unsere wichtigste Erziehungsaufgabe der Jugend sein.«*

1950

1950 wurde die 40. Wiederkehr des Beschlusses von Kopenhagen unter dem Motto *»Durch soziale Gerechtigkeit zum Weltfrieden«* von der SPD gefeiert. Die Bremer KPD veranstaltete 1951 anlässlich des 40. Jahrestages des Frauentags am 7. März eine Demonstration, die vom Waller Bahnhof zum Rathaus führte. Dort fand im Festsaal eine Kundgebung mit ca. 900 Beteiligten statt, die gegen den Generalvertrag, der die Wiederbewaffnung Westdeutschlands vorsah, protestierte und einen Friedensvertrag forderte.

Angesichts der mangelnden Zustimmung der Frauen zur Politik der KPD wurde 1949 auch in der BRD von Kommunistinnen der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) gegründet, um Frauen für die Ziele der KPD zu gewinnen. Der DFD organisierte am 8. März einen Aktionstag gegen die Remilitarisierung, bei der Frauen mit ihren Forderungen in der Stadt demonstrierten.

1952

1952 hatte die SPD zu ihrer Veranstaltung Louise Schröder (Bürgermeisterin von Westberlin) geladen, die die Friedenskonzepte der SPD erläuterte. Erstmals wandte sich die SPD an die Frauen der *»Ostzone«*. So sprach Herta Gotthelf, die Leiterin der Frauenarbeit der SPD, über RIAS Berlin zu den Frauen in der DDR. An der *»Zonengrenze«* wurden als

Frauentagsaktion auf bundesrepublikanischer Seite Frauenkundgebungen durchgeführt. Mit Ballons wurden Botschaften an die Frauen »drüben« geschickt.



Aufruf zum
Frauentag der SPD

1953



Die Frauentagsveranstaltung der SPD stand im Zeichen der Bundestagswahl 1953. Die Festrednerin Beate Reiser, Bezirkssekretärin in Niedersachsen, stellte auf der Kundgebung am 16. April das Thema Gleichberechtigung der Frau in den Mittelpunkt. Sie stellte fest, dass die Gleichberechtigung nur zu einem Teil erreicht sei und forderte eine Wirtschaftsordnung, »die sich nach den Bedürfnissen der Menschen« richten müsse.

Die KPD verlor nach dem Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953, der mit Hilfe sowjetischer Panzer niedergeschlagen wurde, vollends ihren politischen Einfluss. Nur in Bremen, Niedersachsen und im Saarland war die KPD noch in den Landtagen vertreten. Die Bremer KPD organisierte in diesem Jahr keine Frauentagsveranstaltung, sondern nur der DFD.

1954

»Wettrüsten führt zum Krieg, wir fordern Frieden durch Verständigung« waren die Leitgedanken der Kundgebung, zu der die SPD am 13. Mai 1954 in Bremen aufrief. Die Hamburger Bundestagsabgeordnete Irma Keilhack kritisierte das »Atombombengerassel hüben und drüben« und forderte Initiativen zum Frieden, die von unten kommen müssten, um die Staatsmänner zu zwingen, kriegerischen Mitteln abzuschwören.

1955

Das Motto für den Frauentag am 22. April 1955 hieß: »Frieden durch Verständigung. Freundschaft umspanne die Welt.« Die Referentin Annemarie Renger, Mitglied des SPD-Bundesvorstandes, erläuterte, dass durch die Pariser Verträge eine neue Rüstungsspirale in Gang gesetzt würde. Von der Veranstaltung gingen keine weiteren politischen Impulse für die Frauentage aus. Anna Stiegler stellte in ihrem Jahresbericht 1956 fest »daß Feierstunden, gesellige Veranstaltungen und auch Filme die Frauen mehr anziehen als reine Vorträge und Diskussionen.«

1956

1956 sprach die ehemalige Hamburger Senatorin, Paula Karpinski (SPD) am 29. Mai in der Oberen Rathauhalle zu den Festgästen der Frauentagsveranstaltung. Ihr Thema war die mangelhafte Versorgung und Betreuung der Kinder erwerbstätiger Mütter. Deshalb kritisierte sie die völlig unzureichende Unterstützung der Familien durch die CDU/CSU-Regierung und forderte staatliche Familienhilfen, die so bemessen sein müssten, dass Mütter nicht aus bloßer wirtschaftlicher Not arbeiten müssten. Obwohl die weibliche Erwerbstätigkeit

zugenommen hatte, sah die SPD nach wie vor die Arbeit der Hausfrau und Mutter als zentrale Lebensaufgabe für Frauen an.

1957 und 1958 standen die Internationalen Frauentage in Bremen – veranstaltet von der SPD – im Zeichen des politischen Protestes gegen eine geplante Atombewaffnung der Bundeswehr.

1957

Unter den Bremer Frauen hatte sich eine Initiative entwickelt, die das »Göttinger Manifest« der 18 Atomwissenschaftler vom 12. April 1957 als Grundlage für einen Frauenappell gegen die atomare Rüstung nahm und in Bremen dafür Unterschriften sammelte. Viele Frauen unterschrieben den Appell. Die Aktion wurde bis zum Ende des Jahres 1958 fortgesetzt.

Auch der BFA erörterte im Mai 1957 diesbezügliche Aktionen der angeschlossenen Frauenverbände. In einer einstimmig angenommenen EntschlieÙung hieß es: »Von der Entwicklung, Erzeugung und Anwendung atomarer Waffen distanzieren wir Frauen uns, weil wir unsere Verantwortung kommenden Generationen gegenüber ernst nehmen.«

Am 21. Mai machten die »Sozialistischen Frauen Bremens« – so nannten sich damals noch die SPD-Frauen – ihre Kundgebung zum Internationalen Frauentag zu einer Protestaktion »gegen die Versuche mit Atombomben und die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen.« Alle RednerInnen wandten sich gegen die Politik der Bundesregierung und ihrer atomare Rüstungskampagne. Anna Stiegler verwies auf den Stimmzettel zu den Bundestagswahlen 1957 als Mittel, um gegen die Adenauerregierung anzugehen.



Appell der Kampagne
»Kampf dem Atomtod«

Anne Stiegler im Büro des
Bremer Frauenausschuss



1958

Die Kundgebung zum Internationalen Frauentag im großen Saal der Glocke am 2. Juni 1958 stand im Zeichen der Kampagne »Kampf dem Atomtod«. Sie war mit mehr als 1.000 TeilnehmerInnen die größte Frauentagveranstaltung nach 1945.

Zum ersten Mal war eine Veranstaltung der SPD-Frauen zum Internationalen Frauentag eine gemeinsame Aktion verschiedener Frauenverbände. Beteiligt waren außer der SPD, die »Internationale Frauengliga für Frieden und Freiheit« (IFFF) und die »Frauen-Friedensbewegung« (WFFB). Dass die als kommunistisch beeinflusst geltende Westdeutsche Frauen Friedensbewegung mitbeteiligt war, sorgte bei einigen

Sozialdemokraten für Aufregung. Doch die breite Massenbewegung gegen die atomare Bedrohung ließ alte Ressentiments gegenüber anders denkenden Friedenaktivistinnen in den Hintergrund treten.

1959

Der Wandel der SPD von einer Arbeiterpartei zu einer Volkspartei wurde mit der Verabschiedung des Godesberger Programms im November 1959 vollzogen. Dies führte zu einer Abwendung von sozialistischen Traditionen und auch zu veränderten inhaltlichen Aussagen zum Internationalen Frauentag. Entsprechend lautete das Motto 1959 »Für eine glückliche Welt«. Diese Losung wurde im Jahr 1960 abgewandelt zu: »Glücklicher leben in einer freien Welt« und 1961 hieß es: »Wir sind eine Familie«. An den Frauentagen ging es nicht mehr um politische Forderungen, vielmehr wollte die SPD eine lebensbejahende Perspektive aufzeigen.

1960

1960 zum fünfzigsten Jahrestag des Internationalen Frauentages warb die Bremer Frauengruppe der SPD mit mehreren Anzeigen für ihre Veranstaltung. Anna Stiegler verfasste einen Artikel für die BBZ, in dem sie die fünfzigjährige Geschichte des Tages Revue passieren ließ. Zum Schluss ihres Beitrages stellte sie das neue Konzept des Tages vor. Aus dem Motto – »Glücklicher Leben in einer friedlichen Welt« – entwickelte sie eine Perspektive für die Familie: »Glücklicher leben in einer friedlichen Welt – das gilt für Mann und Frau und Kind«.

Anna Stiegler begründete dies Konzept damit, dass sowohl die Friedensforderungen wie die Realisierung eines glücklichen Lebens »keine besonderen Frauenforderungen« mehr seien. Deshalb lud sie zum Frauentag am 17. Mai 1960 besonders die Männer ein.



1961

Am Frauentag 1961 konnte ein frauenpolitischer Erfolg der Sozialdemokratinnen gefeiert werden. Die SPD-Frauen in Bremen stellten auf ihrer Veranstaltung mit Stolz die Bundestagsabgeordnete Käthe Strobel vor, die in einer von der SPD geführten Regierung die erste Ministerin werden sollte.

In den 60-Jahren gab es für den Frauentag keine neuen Ideen. Er wurde mit bewährter Routine weitergeführt. Ganz offensichtlich wurde das an den Frauentagen 1962 und 1963. Schon an der Auswahl der Referenten war abzulesen, dass in Bremen der Internationale Frauentag zu einer Feierstunde der Partei-VeteranInnen geworden war.

1962 war der Festredner Senator a. D. Christian Paulmann (74 Jahre) und 1963 hielt Bürgermeister Wilhelm Kaisen (74 Jahre) die Laudatio auf die 81-jährige Anna Stiegler, zu deren Ehrung der Festakt am Frauentag stattfand.

1964

1964 wurde eine zaghafte Neuorientierung unter Wilma Landwehr, der neugewählten Leiterin der Frauenarbeit, deutlich. Die beiden Referentinnen des Frauentages, der am 2. Juni begangen wurde, Marie Nielsen aus Dänemark und die Bundestagsabgeordnete Lucie Meyer, betonten angesichts wachsender Erwerbstätigkeit von Frauen die Notwendigkeit, die Sozialgesetzgebung zugunsten der erwerbstätigen Frauen zu verbessern. Sie forderten mehr Kindergärten, Krippen und Heime, um die berufstätigen Mütter zu entlasten. Dies war das erste Mal seit 1945, dass auf einer SPD-Kundgebung zum Internationalen Frauentag in Bremen die Forderung nach staatlichen Kindereinrichtungen erhoben wurde.

1966

Käthe Strobel



Zum Frauentag 1966 war Käthe Strobel ein zweites Mal Gastrednerin in Bremen. In ihrer Rede zum Thema »Die Frau in der Welt von heute« tadelte sie die Haltung der Frauen, die bei den Wahlen den konservativen Parteien ihre Stimme gäben, sich aber sonst nicht um politische Fragen kümmerten. Sie kritisierte, dass die Frauen nicht bereit seien, sich zu organisieren und die Chancen zur gleichberechtigten Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben nicht nutzten.

Mit dieser Kritik an der konservativen Einstellung vieler Frauen wurden in Bremen die Frauentage beendet, denn nach dem Ausscheiden der Veteraninnen gab es bei den jüngeren Frauen kein Interesse an einer gesonderter Frauenarbeit. Sie wollten die Integration in die Partei und gleichberechtigte Mitwirkung. So verschwand der Internationale Frauentag aus dem politischen Kalender der Sozialdemokratie.

1968

Das Ende der sechziger Jahre markierte zugleich auch das Ende der Wirtschaftswunderphase. Mit den ersten tiefgreifenden Krisenerscheinungen wie Arbeitslosigkeit, Bildungskatastrophe und Umweltproblemen zeigte sich immer deutlicher die Unfähigkeit der CDU/CSU-Regierung, auf die veränderten Anforderungen angemessen zu reagieren. Aus der Erfahrung der Benachteiligung und Unterdrückung entstanden bei Frauen der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten unterschiedliche Bedürfnisse: Frauen in Betrieben beanspruchten größere Mitbestimmungsmöglichkeiten auf allen Ebenen, an den Universitäten artikuliert sich der Unmut über autoritäre Strukturen im Lehrbetrieb, aber auch in den neuen studentischen Gruppen. So wurden die im SDS engagierten Studentinnen damit konfrontiert, dass auch in den linken Gruppen die Männer wie selbstverständlich das Sagen hatten. Mit spektakulären Aktionen machten sie auf den patriarchalen Charakter des SDS aufmerksam und gründeten deshalb den »Aktionsrat zur Befreiung der Frauen«. In Bremen sprach am 12. Februar '68 das SDS-Mitglied Gerhard Amendt auf einer Veranstaltung der Jungsozialisten zum Thema »Sexualität«. Die Jungsozialistin Ursel Kerstein, die spätere erste Bremer Frauenbeauftragte, kommentierte über das Referat ironisch in ihrem Tagebuch: »Es existieren nur Männer



komischerweise«. Die Losung »das Private ist politisch« bezog sich zunächst auf die Kindererziehung. Es entstanden überall – auch in Bremen – Kinderläden, in denen die Kinder antiautoritär bzw. repressionsfrei erzogen wurden und Mütter und Väter gleichermaßen zuständig für die Erziehung sein sollten.

Der § 218 rückte wieder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. 1969 brachte die Regierung der großen Koalition einen Gesetzentwurf ein, der aber wegen vorzeitiger Auflösung des Parlaments nicht über die erste Lesung hinaus kam. Inhalt des Vorschlags der SPD war die Fristen-Regelung, nach der ein Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten erlaubt sein sollte.

Die Neue Frauenbewegung hingegen forderte Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper und die »ersatzlose Streichung des § 218«, weil jede Reform die Beibehaltung des Strafrechtsparagrafen beinhalte und damit weiterhin eine Bevormundung und Kontrolle der Frauen in einem entscheidenden Punkt ihres Lebens.

Eine Gruppe Bremer Jungsozialistinnen protestierte 1969 gegen den § 218. Sie forderte die ersatzlose Streichung und trat mit einer Selbstbezüglichungsaktion an die Öffentlichkeit. Im gleichen Jahr gründete sie den »Weiberrat«.

Die Selbstbezügigungen »Ich habe abgetrieben« von 374 Frauen in der Zeitschrift »Stern« am 6. Juni 1971, initiiert durch Alice Schwarzer, wurden zum entscheidenden Impuls für die Massenkampagne gegen den § 218.

An den Universitäten entstanden linke Gruppen, die sich ebenfalls mit der Frauenfrage befassten und innerhalb der Gewerkschaften setzten sich die Frauen aktiver für ihre Interessen ein. Die Aktivitäten der Neuen Frauenbewegung sowie die zunehmende Aneignung sozialistischer Theorien, vorhanden mit dem Interesse an sozialistischen Länder führte dazu, dass Anfang der 1970er Jahre der Frauentag wieder mehr ins Blickfeld rückte.



1969

Die autonome Frauenbewegung lehnte ihn zunächst als »sozialistischer Muttertag« ab. Diese Kritik richtete sich vor allem gegen die Feierpraxis in der DDR, wo dieser Tag zunehmend zu einer Art »sozialistischem Muttertag« geworden war. *»Nichts gegen einen Feiertag, auch nicht gegen einen Frauentag. Nur muß er von denen, die gefeiert werden, bestimmt und gestaltet werden«*, hieß es 1969 in der Februarangabe der überregionalen Zeitschrift »Courage«.

1970

Auf dem Juso-Bundeskongress im Dezember 1970 wurde beantragt, einen »Arbeitskreis Emanzipation« zu bilden, der theoretische Grundlagen für eine eigene Frauenarbeit in der SPD ausarbeiten sollte. Besonders das Frauenbild »Hausfrau und Mutter«, das bislang in der SPD als Leitbild dominierte, wurde kritisiert, weil es angesichts veränderter Lebensumstände nicht mehr angemessen sei.

1972

Auf einem Treffen der Frauengruppen in Frankfurt, 1972, an dem 400 Frauen teilnahmen, wurde beschlossen, autonome Strukturen, fern von Parteien und Gewerkschaften und ohne patriarchale Einmischung, zu bilden.

Die Beschluss wurde auch in Bremen befolgt: 1977 entstand das »Autonome Bremer Frauenhaus – Frauen helfen Frauen e.V.« und 1980 gründete sich der »Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen«. 1983 wurde das Frauenkulturhaus eröffnet, das für viele Jahre zum kulturellen Mittelpunkt der Bremer autonomen Frauenbewegung in Bremen werden sollte.

Besondere Kritik wurde an den marxistisch orientierten Frauen geübt, die nach Meinung der autonomen Frauen in der Unterdrückung der Frauen nur einen »Nebenwiderspruch« neben dem Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit und damit eine untergeordnete Frage sahen. Die Marxistinnen – dazu gehörte die neu entstandene DKP ebenso wie zahlreiche K-Gruppen an den Hochschulen – vertraten die Auffassung, dass sich die Frauenunterdrückung letztlich nur durch eine Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft beseitigen lasse, da diese immer wieder neue Formen der Unterdrückung hervorbringe.

Die autonomen Frauen hingegen vertraten die Ansicht, dass Schlüsselpunkt der Analyse das Patriarchat sei, woraus sich ergebe, dass die Frauenfrage nicht ein Unterpunkt im Klassenkampf sei. Vielmehr sei dieser ein Unterpunkt im umfassenden feministischen Kampf gegen die patriarchalische Weltordnung.

Innerhalb der Gewerkschaften und der linken politischen Organisationen standen zwar weiterhin die klassischen Forderungen wie das Recht auf Arbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen, soziale Sicherung von Frauen und Erhalt des Friedens im Mittelpunkt, aber es wurde auch über die patriarchalen Strukturen in der eigenen Organisation diskutiert. Die Gewerkschaften erklärten das Jahr 1972 zum »Jahr der Arbeiterinnen«. Probleme der erwerbstätigen Frauen wurden auf allen Ebenen diskutiert. Der Parteivorstand der SPD reagierte auf die Forderungen der Frauen und beschloss im Februar 1972, die parteiinterne Frauenarbeit neu zu gestalten. So wurde die »Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen« (AsF) gegründet.



1975

Das gewachsene Selbstbewusstsein der Frauen führte zum Anspruch, in allen gesellschaftlichen Bereichen auch angemessen vertreten zu sein. Auf dem Gewerkschaftskongress 1975 in Hamburg protestierten die Frauen gegen ihre Unterrepräsentanz:

»Wir können diesen Kongreß nicht als die Vertretung der im DGB vereinigten Gewerkschaftsmitglieder ansehen, da die mehr als eineinviertel Millionen Frauen im DGB hier absolut unterrepräsentiert sind. [...] Wenn die Gewerkschaften sich weiterhin auf die loyale Mitarbeit der Frauen

verlassen wollen, ...muß die Vertretung der Frauen in allen gewerkschaftlichen Bereichen erheblich besser als heute abgesichert werden.

[...] So wie jetzt darf es nicht bleiben.«

Die Diskussion um eine Frauenquote wurde in den politischen Organisationen, aber auch bei der Ämterbesetzung, aufgegriffen und erhielt damit einen wichtigen Impuls.

INTERNATIONAL

Auch in anderen Ländern hatte sich eine feministische Frauenbewegung entwickelt, in den USA war sie an den Universitäten entstanden. Diese »women's lib« hatte weltweit großen Einfluss. Die Regierungen der Länder mussten auf das gewachsene Bewusstsein und die Unzufriedenheit der Frauen reagieren.

1975 fand in Mexico City die erste UN-Weltfrauenkonferenz statt. Delegierte aus 133 Ländern diskutierten über Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden. Es wurde ein »Welt-Aktionsplan« verabschiedet mit dem Ziel, die Stellung der Frau weltweit zu verbessern. Der »Welt-Aktionsplan« wurde von der UN-Generalversammlung übernommen, die die Jahre 1976 bis 1985 als »UN-Dekade der Frau« festlegte. Die auf der Konferenz entworfene »Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau« (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women CEDAW) wurde 1979 in leicht veränderter Form von der Generalversammlung angenommen. Weitere Weltfrauenkonferenzen fanden 1980 in Kopenhagen, 1985 in Nairobi und 1995 in Peking statt. In parallelen Treffen von Frauen aus Nichtregierungsorganisationen (NGOs) artikuliert die Frauenbewegung ihre Forderungen. Auf den Konferenzen wurde jedoch auch das kulturell und traditionell unterschiedliche Verständnis von Frauenrechten deutlich und es kam zu heftigen und kontroversen Debatten. Um die Umsetzung der Aktionsplattform durchzusetzen und zu überwachen, wurde bei den Vereinten Nationen eine »Abteilung zur Förderung der Frau« eingerichtet.



1976

Die Bremer DKP, die den Frauentag schon seit ihrer Gründung beging, veranstaltete 1976 ein Frauenfest. In seiner Wahrnehmung wurden die Unterschiede zwischen Marxistinnen und autonomen Frauen deutlich: Während die Kommunistinnen es als eine gelungene Veranstaltung bezeichneten, kritisierte eine Frau in der Bremer Frauenzeitung »Gesche«, dass dies ein Fest mit »Hofbräuhausatmosphäre« gewesen sei. Die TeilnehmerInnen, vor allem Männer, hätten das Programm nur konsumiert und das Publikum sei »nicht einbezogen« worden. Die Lage der Arbeiterinnen in der BRD sei Hauptgegenstand der Veranstaltung gewesen. »Der § 218, Vergewaltigungen, Frauen in der Psychiatrie ... Probleme mit denen Frauen in dieser Männerwelt ständig konfrontiert werden, blieben unangetastet.«

1979

DKP Plakat



Ab Mitte der 70er Jahre verschlechterte sich die Arbeitssituation für Frauen, die Frauenarbeitslosigkeit nahm zu – die Ausbildungssituation für Mädchen wurde schwieriger. Die Frauen der »Sozialistischen Deutschen Arbeiter Jugend« (SDAJ) machten am 8. März 1979 mit einer Aktion »Heirat – der letzte Ausweg?« auf fehlende Lehrstellen für Mädchen aufmerksam.

Auf der 10. DGB-Bundes-Frauenkonferenz im Juni 1979 wurde die generelle Durchführung des Internationalen Frauentages beschlossen. Die »Abteilung Frauen des DGB-Bundesvorstands« rief daraufhin die Gewerkschaftsfrauen auf, zum Internationalen Frauentag 1980 frauenpolitische Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Die IGM-Frauen Bremens hatten ebenfalls den Frauentag 1980 begehen wollen, wurden jedoch durch einen Beschluss des Bundesvorstands des DGB, sich nicht an Aktionen anderer Veranstalter zu beteiligen und auch keine eigenen Veranstaltungen durchzuführen, daran gehindert. Innerhalb der Gewerkschaften löste dieser Beschluss große Empörung aus.

1980

Die 1980 entstandene »Demokratische Fraueninitiative« (DFI) rief zur Kundgebung zum Frauentag auf. Dem Aufruf folgten mehr als 1.000 Frauen. In der Mensa der Universität wurde gefeiert.

1981

1981 fand auf Initiative des »Frauenbündnis gegen Krieg und Militarismus« ein Fest in der Kesselhalle des Schlachthofs statt. Das Bündnis empfing im selben Raum im Sommer den Friedensmarsch von Kopenhagen nach Paris, der mit der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa von Polen bis Portugal verbunden war.

Da offiziell seitens der Gewerkschaften keine Veranstaltungen erlaubt waren, luden Gewerkschafterinnen zur Frauenversammlung am 12. März ins DGB-Haus ein. Es wurde eine »Zimmerveranstaltung«, zu der nur zwanzig Frauen erschienen waren. Zwar waren die Frauen über die geringe Resonanz enttäuscht, doch der Anfang war gemacht, denn es war gelungen, die Zustimmung des DGB-Kreisvorstandes für eine 8. März-Veranstaltung im Jahr 1982 zu erreichen.



Sprays in Bremen,
1979



1982



Demonstration, 1982

Der 12. Ordentliche Bundeskongress des DGB vom 16.–22. Mai 1982 in Berlin beschloss endlich: »Der 8. März wird als internationaler Frauentag des DGB in allen seinen Gliederungen begangen.« Die aktuellen Probleme der arbeitenden Frauen und die Forderungen der Gewerkschaften sollten im Mittelpunkt der Veranstaltungen stehen.

Am 6. März 1982 erschienen die Frauen bei der ersten öffentlichen Aktion der Gewerkschaften in Bremen in Kostümen von Dienstmädchen und Arbeiterinnen aus der Zeit um 1900 und sorgten damit beim Flugblattverteilen für besondere Aufmerksamkeit. Vor Betrieben wurden rote Nelken und Flugblätter mit Informationen zum Frauentag und den Forderungen der Gewerkschafterinnen verteilt.

Die Diskussionsveranstaltung am 8. März im Kulturzentrum Schlachthof fand großen Zuspruch. An ihr beteiligten sich auch die Frauen der Aktion »Frauen gegen Krieg und Militarismus – für Frieden«. Beim anschließenden Kulturprogramm traten die »Bremer Stadtquerulanten« und die Gruppe »Li(e)d-Schatten« auf, die mit frechen und fetzigen Liedern auch in den folgenden Jahren die Frauen begeisterte. 1982 wurde die »Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau« als eigenständige Einrichtung gegründet. Ihre Leiterin wurde Ursula Kerstein.

Frauensonggruppe
Li(e)dschatten



1983

Der rigide Sparkurs, der bereits unter der sozial-liberalen Regierung begonnen hatte und ab 1982 unter der neuen konservativen Bundesregierung verstärkt fortgesetzt wurde, hatte gravierende Auswirkungen für Frauen: Gekürzt wurde beim Arbeitsförderungsprogramm, in der beruflichen Bildung und beim Arbeitslosengeld. Gleichzeitig vernichtete die Rationalisierung in Büros, in Kaufhäusern und Fabriken Frauenerbeitsplätze. Es fehlten Ausbildungsplätze für Mädchen. Auf der Kundgebung auf dem Domshof 1983, nach der ersten vom DGB veranstalteten Demonstration, wurde das Verdrängen von Frauen aus dem



Gebt Raum den Frauen

100 Jahre Internationaler Frauentag in Bremen

Arbeitsmarkt in Krisenzeiten kritisiert. Anneliese Junge, Mitglied der ÖTV und des Gesamtpersonalrats des Öffentlichen Dienstes, verwies auf die Rationalisierung und Stellenkürzungen bei den Raumpflegerinnen. Außerdem forderten die Versammelten den Abzug aller in Europa stationierten Mittelstreckenraketen und protestierten gegen die geplante Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr.

1984

Plakat DGB 1984



1984 lautete das Motto der Demonstration und Kundgebung: »Arbeitszeit verkürzen – Arbeitsplätze schaffen – Frieden sichern«. Else Esselborn, Vorsitzende des Kreisfrauenausschuss des DGB, kritisierte die Politik der Bundesregierung. Zum ersten Mal sprach auf einer Kundgebung eine ausländische Arbeitnehmerin. Cevahir Cansever kritisierte die Ausländerpolitik der Bundesregierung und forderte das Mitspracherecht der Betroffenen. Ein weiterer Schwerpunkt der Forderungen war der Protest gegen die geplante Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr.

Im gleichen Jahr wurde auf Initiative der Landesfrauenbeauftragten Ursula Kerstein die »Bremer Frauenrunde« gegründet. Ihr gehörten sowohl Gewerkschafterinnen, Frauen aus autonomen Frauengruppen, politischen Organisationen und Parteien als auch Vertreterinnen aus kirchlichen Organisationen an. Sie organisierte ab 1986 die Aktionen zum 8. März. Die Kontroverse zwischen feministischen Ansätzen der Neuen Frauenbewegung und dem traditionell linken Verständnis von Frauenpolitik spielte auch in der »Bremer Frauenrunde« eine große Rolle. Ein zentraler Streitpunkt war die Beteiligung von Männern an den Demonstrationen zum 8. März. Die Frage, für welche Themen in den Mittelpunkt der Demonstrationen gestellt werden sollten, führte ebenfalls zu langwierigen Diskussionen. Schließlich entschloss man sich, keine Auswahl zu treffen, sondern alle Forderungen, die die beteiligten Gruppen einbringen wollten, zuzulassen.

1985

Die Demonstration am 8. März 1985, organisiert vom DGB unter der Losung »Arbeit, Frieden, Gleichberechtigung«, erhielt durch lila Luftballons, der Farbe der Autonomen Frauenbewegung, ein farbiges Gesicht. Das Kulturprogramm wurde erstmals in einem Bürgerhaus (Vahr) veranstaltet. Die selbst einstudierten Sketche setzten sich kritisch mit dem Alltagsleben der Frauen auseinander, das Kabarettprogramm der Frauengruppe »Krawall-Lust«, die Songgruppe des Jugendamtes sowie der DGB-Chor, die »Blechdrosseln«, lieferten mit politischen Liedern den musikalischen Rahmen.

1986



Eigentlich hätte schon 1985 der 75. Jahrestag des Frauentages – der Geburtsstunde des Beschlusses in Kopenhagen – gefeiert werden müssen, wie es auch in anderen Ländern der Fall war. Es ist nicht mehr nachzuvollziehen, wer aus welchen Gründen in Deutschland entschied, das Jahr 1911, an dem erstmals in Deutschland der Internationale Frauentag begangen wurde, als Ausgangspunkt zu wählen. Jedenfalls wurde in der BRD 1986 der 75. Jahrestag gefeiert.

Die Bremer Demonstration von 1986, griff das Motto des US-amerikanischen Textilarbeiterinnenstreiks von 1912 in Lawrence »Wir wollen Brot und Rosen« auf.

Erstmals fand auch in Bremen-Vegesack – im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus – ein Programm zum Frauentag statt, das 300 Frauen besuchten. Im Nachbarschaftshaus Ohlenhof in Gröpelingen gab es auf Initiative der AsF eine Podiumsdiskussion mit anschließendem Tanz.

1987

Demonstration 1987



Bei der Vorbereitung zum 8. März wurden neue Akzente gesetzt – stärker einbezogen wurden Migrantinnengruppen.

Die Demonstration am 6. März erregte Aufmerksamkeit: Mitglieder der Postgewerkschaft hatten sich mit Telefonschnüren verbunden, um so gegen die Verkabelungspolitik und Privatisierungspläne der Bundespost zu demonstrieren. Vor dem Kaufhaus Hertie machten Frauen der Gewerkschaft HBV mit einer Theaterszene auf das Los der entlassenen Verkäuferinnen – »die keiner mehr haben will« – auf die Ladenschließungen aufmerksam.

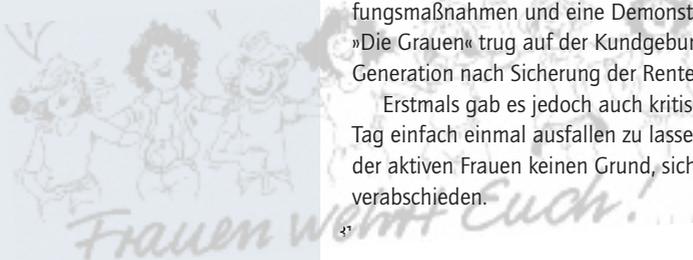
Abends wurde in den Räumen des DGB gefeiert. Mehr als 50 Gruppen präsentierten im DGB-Haus ihre Arbeit. Zum 7. März organisierten die »Jungsozialisten/innen in der SPD, AG Neustadt« ein politisches Frühstück, Sozialdemokratinnen gestalteten den Frauentag in ihren Ortsvereinen.

1988

»Frauenrecht ist International« war die Losung für den Frauentag 1988 in Bremen. Durch Berichte und Filme über die Lebens- und Arbeitssituation der Frauen anderer Länder erhielten die Frauen Einblicke in die Lebenssituation von Migrantinnen in Bremen und von Frauen anderer Kontinente.

In den Forderungen zur Demonstration am 5. März. wurde die veränderte wirtschaftliche Lage deutlich: Erstmals protestierten am 8. März vormittags vor dem Arbeitsamt die ABM-Mitarbeiterinnen von Frauenprojekten gegen die Einschränkungen bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und eine Demonstrantin vom Seniorenschutzbund »Die Grauen« trug auf der Kundgebung die Forderungen der älteren Generation nach Sicherung der Renten vor.

Erstmals gab es jedoch auch kritische Stimmen, die forderten, den Tag einfach einmal ausfallen zu lassen. Jedoch sah die Mehrheit der aktiven Frauen keinen Grund, sich vom jährlichen Frauentag zu verabschieden.



1989

In den Forderungen der Kundgebung unter der Losung »Wir streiten für bessere Zeiten« wurde die veränderte wirtschaftliche Situation sichtbar: die wachsende Zahl unsicherer und schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse führte zu der Forderung: »Verbot ungeschützter Arbeitsverhältnisse – keine Stunde ohne Sozialversicherung.«

1990

Im Jahr 1990 waren die Frauen in der noch existierenden DDR mit gesellschaftlichen Umbrüchen konfrontiert. Sie beteiligten sich am Demokratisierungsprozess und an der Umgestaltung ihres Staates. Ihre politische Perspektive fassten sie in dem Leitspruch zusammen: »Ohne Frauen ist kein Staat zu machen«. Mit diesen Worten überschrieb der im Dezember 1989 gegründete »Unabhängige Frauenverband« (UFV) sein Gründungsdokument.

Dieser Slogan wurde schon bald von anderen Organisationen aufgegriffen. Die Frauen beanspruchten Entscheidungsmacht und Mitgestaltungsrechte in den politischen Institutionen. In Bremen wandten sich Frauenorganisationen, autonome Projekte, Gewerkschafterinnen und Parteifrauen gemeinsam mit der Frauengruppe des Unabhängigen Frauenverbandes der Partnerstadt Rostock am Internationalen Frauentag 1990 mit einem Appell an die Öffentlichkeit: »Wir werden nicht die Zeche zahlen – Kein Ausverkauf von Frauenrechten.«

Am 8. März strömten die Frauen aus drei Richtungen, begleitet von Samba-Rhythmen, auf den Bremer Marktplatz. Mit Straßentheaterszenen und Sketchen wurden unter dem Motto »HALBE – HALBE« Gegenentwürfe zur traditionellen Arbeits(ver)teilung und Geschlechterhierarchie dargestellt. Abends wurde in der Angestelltenkammer ein kulturelles Rahmenprogramm mit Frauenfilmen, Frauenkabarett und einer Frauenband geboten.

Festveranstaltung in Tenever





Durch die zunehmenden Aktivitäten von Feministinnen in Forschungsbereich wurde mehr und mehr deutlich, dass die angeblich geschlechtsneutrale Darstellung wissenschaftlicher Ergebnisse in Publikationen und musealen Präsentationen weitgehend unter Ausklammerung der Lebensrealität und der Erfahrungen von Frauen geschah. Auch in Bremer Museen fanden Frauenthemen kaum Berücksichtigung. Deshalb initiierten die ZGF am 9.3.1990 eine Tagung »Frauen ins Museum?«, in deren Folge der Verein »Bremer Frauenmuseum e.V.« gegründet wurde. Er setzt sich das Ziel, die historischen und kulturellen Leistungen von Frauen in Vergangenheit und Gegenwart in Bremen sichtbar zu machen.

1991

Vor dem Hintergrund des Irakkrieges gelangten die Organisatorinnen des Frauentages zu der Einschätzung, dass die alltägliche Gewalt in unserer Gesellschaft letztendlich zur Akzeptanz eines Krieges führe. Es wurde entschieden, dies zum Leitgedanken der Aktionen zum 8. März zu machen.

DGB-Frauen, Christinnen, autonome Frauen- und Lesbengruppen sowie im »Dachverband ausländische Kulturvereine« (DAB) organisierte Frauen demonstrierten.

Die Irakerin Huda Al-Hilali appellierte an die ZuhörerInnen, sich für einen wirklichen Frieden einzusetzen, denn *»die Schlacht geht weiter und die Menschen in meiner Heimat sterben nach wie vor.«* Auch bei der kurdischen Rednerin aus Kurdistan standen der Krieg am Golf und die Forderung nach dem Abzug der türkischen Truppen aus Kurdistan im Mittelpunkt. Monique Troedel, die neue Vorsitzende des DGB-Kreisfrauenausschuss, erklärte: *»Dies ist kein Friede, wie wir ihn wünschen.«* Noch herrsche nur Waffenstillstand am Golf. Und in der Bundesrepublik erlebten die Frauen weiterhin die ganz alltägliche Gewalt in den Betrieben, mit Entlassungen und niedrigsten Löhnen heute wie vor hundert Jahren. Die Vertreterin der Gruppe autonomer Lesben verwies vor allem auf den Zusammenhang zwischen Sexismus und Militarismus: *»Es geht bei beiden um die Herstellung und Erhaltung von Macht, der Macht des einzelnen Mannes über die Frau und der Macht des Militärs über das Territorium und der dort lebenden Menschen.«*



Plakat zum Frauentag 1991

1992

Im November 1991 schlug die erste Vorsitzende des BFA, Dr. Erika Riemer-Noltenius vor, den Internationalen Frauentag in der Bürgerschaft durch eine ganztägige Debatte zu feiern. In Anträgen, Resolutionen, Gesetzesentwürfen sollten die Probleme der Frauen diskutiert werden.

Dieser Plan konnte nicht realisiert werden. Stattdessen fand in der Mensa der Hochschule Bremen ein Forum »*Contra Rassismus, Sexismus und Kolonialismus*« statt. Themen wie die wachsende Fremdenfeindlichkeit, der zunehmende Frauenhandel und Flüchtlingsfragen wurden diskutiert. In der Einschätzung der Lebensbedingungen von ausländischen und deutschen Frauen wurden Differenzen deutlich. Deutsche Frauen mussten zur Kenntnis nehmen, dass sie gegenüber Ausländerinnen privilegiert waren. Und die Ausländerinnen machten deutlich, dass sie sich nicht auf den Status des Opfers reduziert sehen wollten, sondern Selbstbestimmung und Gleichberechtigung forderten.

1993



Plenarsaal in der
Bremischen Bürgerschaft

Zum Internationalen Frauentag 1993 besetzten Bremerinnen die Bremische Bürgerschaft. Die Initiatorinnen hatten eingeladen zum Tribunal »*Gewalt gegen Frauen ist international*«.

Im Plenum ging es zunächst um Schicksale von Migrantinnen: Mit dem Verweis auf Berichte über Vergewaltigungen und sexuelle Folter an Frauen im Krieg in Bosnien forderte Dr. Erika Riemer Noltenius die Aufnahme von Vergewaltigung in den Katalog der Kriegsverbrechen.

Einen Tag später, am 9. März, veranstaltete eine Frauengruppe eine Plakatwandaktion unter dem Motto: »*Männergewalt gegen Frauen*«.

Die Bremer Debatte war Teil einer bundesweiten Protestbewegung gegen rassistische Gewalt, die sich im Herbst 1993 zum Netzwerk »Initiative zur Änderung des § 19 Ausländergesetz« zusammenschloss. Sie forderte ein unabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die mit ihrem Ehemann eingereist waren.

1994

Es zeigte sich, dass Frauen von der wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise weitaus härter betroffen waren als Männer: So stieg die Zahl der arbeitslos gemeldeten Frauen (1,6 Mio) weitaus schneller als die der Männer, in Ost und West wurden Frauenarbeitsplätze abgebaut und Vollzeitarbeitsplätze in Teilzeitarbeit umgewandelt. Ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen waren teilzeitangestellt, und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse und Minijobs weiteten sich aufgrund der gesetzlichen Veränderungen durch die Agenda 2010 und die darin enthaltenen Hartz IV-Beschlüssen mehr und mehr aus.

Gabi-Grete Kellerhoff,
langjährige Organisatorin
der Feste in Tener, bei ihrer Rede 1994





Trommelrasch 1994

Umbenennung von Straßen



Vor diesem Hintergrund und dem eines rückschrittlichen Verfassungsgerichtsurteils vom § 218 kam die Idee eines Frauenstreiks auf, der das gesamte Spektrum weiblicher Diskriminierungen thematisieren sollte. Dementsprechend hieß es im Streikaufruf: »Wir kündigen den patriarchalen Konsens«.

Während der Bundesfrauenrat zu einer Großdemonstration am Sonntag, dem 5. März, in Bonn aufrief, organisierten die Streikkomitees dezentrale Aktionen. Bremerinnen gehörten zu den Ersten, die sich an den Vorbereitungen zum Frauenstreik beteiligten. Am 8. März wurde die Innenstadt weiblich: Der Roland bekam einen lila Rock verpasst und erhielt den Namen Rolanda, der Marktplatz wurde nach der Frauenrechtlerin Hedwig-Dohm umgetauft, Straßen in der Innenstadt wurden nach Rosa Luxemburg, Helene Lange, Lily Braun und Clara Zetkin umbenannt.

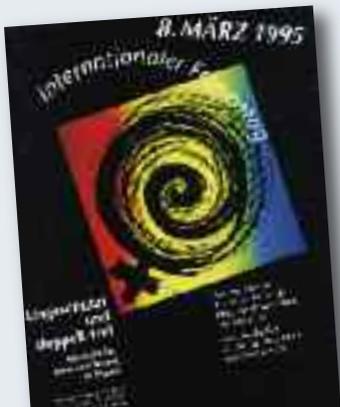
In vielen Einrichtungen trafen sich Frauen zum Frauenfrühstück und Frauenprojekte hängten Streik-Transparente aus. In der Handwerkskammer fand eine Frauenversammlung statt und im Amt für soziale Dienste Mitte-West vertraten die Männer ihre Kolleginnen während deren Diskussionsfrühstück zum Thema Teilzeitarbeit. Die Frauen der evangelischen Kirche hielten eine Versammlung ab. Über vierzig Frauen debattierten über: »Arbeitsplatz Kirche – für Frauen ideal?« In einer gemeinsamen Aktion von Studentinnen und weiblichen Beschäftigten erhielt die Uni-Bremen den Namen: »Flora Tristan Universität Bremen«. Die FrauenLesbenStreikGruppe der Uni Bremen beteiligte sich anschließend an den Innenstadtaktionen.

Das Bremer Frauenmuseum dokumentierte in seiner Ausstellung »75 Jahre Frauenwahlrecht in Bremen« in der ZGF und in der Bürgerschaft den schweren Weg der Frauen zur politischen Gleichberechtigung.

Zur Kundgebung kamen etwa 1.000 Frauen. Die Rednerinnen prangerten in kurzen Statements die allgegenwärtige Benachteiligung der Frauen, die Männergewalt gegen Frauen, den sexuellen Missbrauch und das finanzielle Austrocknen von Mädchen- und Frauenprojekten an.

1995

Bei den Planungen zum Frauentag 1995 zeigte sich, dass immer weniger Frauen Zeit und Energie investieren wollten. Die Frauenbewegung Bremens tagte 1995 in geschlossenen Räumen. Sie formulierte ihren Protest und ihre Forderungen im Rahmen verschiedener Veranstaltungen: Die ZGF, der DGB und die Vertreterinnen des 1988 gegründeten »Kultur-, Kommunikations- und Bildungszentrum für Frauen e.V. belladonna« veranstalteten einen Festakt in der Bürgerschaft, bei dem das Thema »Ungeschützt und doppelt frei – eigenständige Existenzsicherung für alle Frauen« auf der Tagesordnung stand. Die Bremer Ausländerbeauftragte Dagmar Lill ehrte fünf ausländische Mitbürgerinnen für ihr ehrenamtliches Engagement und ihre Zivilcourage. Im Bürgerhaus Gustav-Heinemann in Bremen-Nord strömten 600 junge Mädchen zum 1. Mädchenparlament zusammen und diskutierten in 13 Arbeitsgruppen ihre Probleme.



1996



Ulrike Hauffe,
Landesfrauen-
beauftragte

Die Frauenbeauftragte Ulrike Hauffe, die Ursula Kerstein abgelöst hatte, initiierte eine »Informationsbörse für Frauen«. Über siebzig Gruppen und Initiativen stellten am 6. März im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft den zahlreichen Besucherinnen ihre Arbeit vor. Die Börse zeigte nicht nur die Vielfalt der Frauenprojekte, sondern auch das große Interesse der Bremerinnen an deren Arbeit. Diese allerdings musste angesichts rasanter finanzieller Kürzungen unter immer schlechter werdenden Bedingungen geleistet werden. Deshalb protestierten die Frauen unter dem Motto *»Frauenräume erhalten – Mädchen- und Frauenprojekte fördern – unterstützen – absichern«* am 8. März in der Innenstadt. Im Anschluss an ihre Demonstration mischten sich die Frauen unter die Teilnehmerinnen am Frauenparlament, das wieder im Plenarsaal der Bürgerschaft tagte und sich mit der Situation in Sozialberufen unter dem Thema *»Was heißt hier eigentlich Arbeit?«* befasste. Das zweite Mädchenparlament tagte 1996 in Tenever. 400 Mädchen beteiligten sich an der Veranstaltung unter dem Motto *»Nichts ist unmöglich«*, mit dem ein Zeichen des Optimismus gegen die Probleme und Schwierigkeiten, mit denen die Mädchen dieses Stadtteils zu kämpfen hatten, gesetzt werden sollte. Von den Gewerkschafterinnen wurde wieder ein Frauenfest organisiert und bei dem Fest des DAB traten Künstlerinnen aus Peru, ein kurdisch-deutsches Quintett und Musikerinnen aus Zimbabwe auf.

1997

Die Auswirkungen der rigiden Sparmaßnahmen in Bremen machten sich am 8. März 1997 deutlich bemerkbar. Dennoch zeigte sich, dass es mehr dezentrale Aktivitäten gab, an deren Vorbereitung sich die unterschiedlichsten Gruppen beteiligten. Die ZGF fasste diese Aktivitäten in einem Programmflyer zusammen, der weit über dreißig Veranstaltungen und Aktivitäten von Frauenprojekten, Fraueninitiativen und Frauenorganisationen aufwies. Die zentrale Veranstaltung war die des BFA und der ZGF, die zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Sozialabbau einluden. Die Senatorin Christine Wischer machte auf die Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf Frauen aufmerksam. Am Nachmittag wurden neue Perspektiven in der Asyl- und Migrationspolitik diskutiert, eine Podiumsdiskussion wurde von der Frauengruppe »De Colores« und dem Migrantinnenrat organisiert.

1998

Das belladonna veranstaltete einen Internationalen Kongress in der Universität Bremen, der die Auswirkungen politischer und sozialer Veränderungen durch die wirtschaftliche Globalisierung zum Thema hatte. Er wurde von 700 Frauen besucht, die an den Podien, Foren und Arbeitsgruppen teilnahmen. Abgerundet wurde der Kongress durch zahlreiche Informationsstände, ein Kulturprogramm und anschließenden Tanz in den Internationalen Frauentag.

Podium des Kongresses
in der Universität



Die Veranstaltungen, die im Freien geplant waren, fielen wegen heftigen Regens fast gänzlich ins Wasser. Nur der besondere Höhepunkt konnte auf dem Marktplatz realisiert werden:

»In einem gespannten Seil von 14 Metern Höhe spielten drei Spinnen und ein Opfer ein bedrohliches und skurriles Spiel«, begleitet von Tubamusik und Gesang, und brachten so das Lebensgefühl vieler Frauen zum Ausdruck, alltägliche Ballance-Übungen zwischen Spagat und Seiltanz vollziehen zu müssen.

1999

1999 standen die Aktivitäten des Frauentags im Zeichen der Bürgerstiftungswahlen. Es fanden wieder zahlreiche Einzelveranstaltungen statt und erstmals beteiligten sich Männer und zwar mit einer öffentlichen Bügelaktion. Das zentrale Ereignis war jedoch der Festakt in der Oberen Rathaushalle, zu dem der BFA geladen hatte. Zum ersten Mal nach den Festveranstaltungen der 50er und 60er Jahre wurde wieder ein Frauentag im Rathaus begangen. In dessen Mittelpunkt stand die Auszeichnung der »Bremer Frau des Jahres«. Eine Jury aus Politikerinnen, Medienrepräsentantinnen und Vertreterinnen von Frauenverbänden und der ZGF wählte eine Frau aus, die sich zu dem Leitthema des Europäischen Parlaments »Gewalt gegen Frauen« ehrenamtlich besonders engagiert hatte. Sie entschied sich für Angelika Dornhöfer, die innerhalb der evangelischen Kirche ehrenamtlich unter anderem den Arbeitskreis »Sexuelle Gewalt in der Kirche« gegründet hatte.

Der BFA hatte mit dieser Initiative dem Frauentag einen neuen Schwerpunkt verliehen.



Angelika Dornhöfer,
Frau des Jahres 1999

2000

Im Jahr 2000 stand ein geändertes Ausländerrecht, das erstmals Migrantinnen die Möglichkeit eines eigenständigen Aufenthaltsrechtes bei gewalttätigen Übergriffen durch ihre Ehemänner ermöglichen sollte, unmittelbar vor der Verabschiedung. Daran knüpfend, entstand auf Bundesebene eine Initiative von Parlamentarierinnen, einen Aktionsplan zum Thema »Gewalt gegen Frauen« auszuarbeiten. Auf der Festveranstaltung am 8. März 2000 stellte Edith Niehuis, Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren und Frauen, das Konzept vor.

Als »Bremer Frau des Jahres« ehrte die Schirmherrin der Veranstaltung, Senatorin Hilde Adolf, Ingrid Hebel und Ursula Müller, die mit ihrer Tätigkeit für die Beratungsstelle »Schattenriss« ein wichtiges Hilfsangebot für sexuell mißbrauchte Mädchen aufgebaut hatten. Die Gewerkschaftsfrauen diskutierten über neue Arbeitszeitformen, eine Veranstaltung bei belladonna setzte sich mit neuen politische Aktionsformen auseinander und der DAB veranstaltete gemeinsam mit der Volkshochschule eine Diskussion zum Thema »Migrantinnen in der Politik«.

INTERNATIONAL

Der Frauentag wird in fast allen Ländern begangen, während die einen ihn eher als Festtag zu Ehren der Frauen feiern, bei dem die Anerkennung gegenüber Frauen ausgedrückt wird, sehen ihn die anderen als einen Tag des Kampfes der Frauen um ihre wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte. Die Frauen der Welt nutzen den Tag, um zu überprüfen, wie weit sie in ihrem Kampf um gleiche Rechte, Frieden und Entwicklungsmöglichkeiten gekommen sind. Für viele ist er eine Möglichkeit, sich zusammen zu schließen und nationale und internationale Netzwerke aufzubauen. In Neuseeland zeichnet das Frauenministerium Frauen aus, die sich im ökologischen, sozialen oder wirtschaftlichen Bereich besonders hervorgetan haben. In Sidney arbeitet seit langem ein Zusammenschluss von Frauen verschiedener Ethnien und bereitet den Tag mit phantasievollen Aktionen vor, in den USA ist der März zum »Frauen-Geschichts-Monat« erklärt.

Insbesondere auch in den arabischen und asiatischen Ländern hat seine Bedeutung zugenommen. Iranische Frauen nutzen alljährlich die Möglichkeiten des Frauentages – trotz großer Repressalien – ihre Forderungen zu artikulieren, auch in Afghanistan feiern Frauen wieder den Frauentag. In Lateinamerika protestieren Frauen gegen die Gewalt, in vielen Ländern Afrikas fordern sie angemessen bezahlte Arbeitsplätze und politische Rechte. Mit dem Zerfall des sozialistischen Systems hat der Frauentag in diesen Ländern abgenommen, wenn überhaupt, werden Frauen beglückwünscht und erhalten Blumen. In der VR China schreibt ein Gesetz vor, dass alle vollzeitbeschäftigten Frauen am Frauentag nur einen halben Tag arbeiten und diejenigen, die unabhkömmlich sind, an diesem Tag den dreifachen Lohn erhalten müssen. Für das Jahr 2011 sind in vielen Ländern und Städten zahlreiche Aktivitäten geplant.



2001



Wie schon im vorangegangenen Jahr, zeigte sich auch in den folgenden Jahren, dass der Frauentag mit einer Vielzahl von Veranstaltungen begangen wurde. Die Frauen verzichteten auf Demonstrationen und Kundgebungen. Sie diskutierten ihre Probleme in kleineren Runden und ergänzten diese durch Feste und Feiern. Eine besondere Rolle spielte in den nächsten Jahre die Festveranstaltung des BFA im Rathaus.

Besonders im Stadtteil Tenever wurden jährlich eine Vielzahl phantasievoller Aktionen und Feste durchgeführt, an denen sich Frauen verschiedenster Nationen, die in diesem Stadtteil leben, mit kulturellen und kulinarischen Beiträgen beteiligten und dadurch dem Tag einen wahrhaft internationalen Charakter verliehen.

2001 wurde als »Bremer Frau des Jahres« im Rahmen der Festveranstaltung Maren Heiser für ihr Engagement geehrt. Sie organisierte ehrenamtlich den Besuchsdienst der Evangelischen Krankenhaushilfe in Altersheimen.

2002

2002 wurde die Gynäkologin und Psychotherapeutin Edith Bauer ausgezeichnet, die sich gegen die Genitalverstümmelung von Mädchen engagiert und Aufklärungskampagnen und Projekte in afrikanischen Staaten unterstützt hatte.

2003

Prägend für den Frauentag 2003 war der drohende Krieg im Irak. Zahlreiche Frauengruppen riefen die Bremerinnen auf, ihren Protest und Zorn gegen die zum Krieg bereiten Militärmächte USA und Großbritanniens zum Ausdruck zu bringen. Unter dem Motto »*Brot statt Bomben – Ja zum Leben*« machten die Initiatorinnen vor allem auf die Not und die Probleme der Menschen im Irak aufmerksam.

In ihrer Stellungnahme zum Frauentag machte die Landesfrauenbeauftragte Ulrike Hauße auf Probleme und Schwierigkeiten von Frauen in Bremen aufmerksam. Sie verwies auf den unzureichenden Zustand

Fest bei Atlas-Elektronic



der kommunalen Kinderbetreuung und sie empörte sich über die Hartz-Gesetze, die die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zu Lasten der Frauen weiter vorantrieben. Angesichts zunehmender Diskussionen über den Sinn des Frauentages plädierte sie für seine Beibehaltung, machte aber auf die Notwendigkeit aufmerksam, auch junge Mädchen dafür stärker zu begeistern.

Erstmals gestalteten Frauen der Bremer Evangelischen Kirche (BEK) innerhalb der Kirche den Frauentag. Sie zeigten eine Ausstellung »Frauen im Gesangbuch« und abends am 8. März feierten sie »Die Nacht der Frauen«, am Sonntagmorgen den 9. März, luden sie Frauen und Männer zu einem »besonderen Gottesdienst« ein.

belladonna, die DGB-Frauen, der Migrantinnenrat und die ZGF feierten am Abend des 8. März ein Frauenfest, zu dem 450 Frauen kamen.

2004



Ballonaktion
in Tenever

Bei den Frauentagen der folgenden Jahre standen zum einen die Folgen der Hartz-IV Gesetze, hier insbesondere die arbeitsmarktpolitische Situation für Frauen, zum anderen die Situation von Migrantinnen im Mittelpunkt der Referate und Diskussionen.

Die Gewerkschafterinnen setzen sich 2004 mit den sozialen Einschnitten und ihren Folgen für Frauen auseinander. Am Abend folgte ein Vortrag über die Auswirkungen der Arbeitsmarkt-, Renten-, und Gesundheitspolitik der Regierung auf Frauen.

Auch die Situation von Frauen in anderen Ländern rückte ins Blickfeld: Im Konsul-Hackfeld-Haus diskutierten Frauen auf Einladung der Frauengruppe »De Colores«, dem Frauennetzwerk attac und dem Rosa-Luxemburg Club Bremen zum Thema »Kopftücher, Kriege, Katastrophen – Frauenpolitik im globalisierten Wahnsinn«. Die Auswirkungen der Globalisierung für Frauen wurde durch die »Bremer Kooperation zur Kampagne für saubere Kleidung« verdeutlicht. Sie verteilte vor dem Kaufhaus von C&A Informationsmaterial, das die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen angeprangerte, unter denen junge Frauen in Asien, Afrika und Lateinamerika die Kleidung produzieren, und forderte die VerbraucherInnen zum Protest dagegen auf.

2005

2005 standen wieder die Hartz IV-Beschlüsse im Mittelpunkt: Die Veranstaltungen am 8. März standen unter dem Motto: »Arbeit um jeden Preis? – Wie verändert sich Arbeit in Bremen und wo können Frauen gemeinsam etwas bewegen?«

Die Bürgerschaftsfraktion von »Bündnis 90/die Grünen« veranstaltete am 28. Februar eine Podiumsdiskussion: »Hartz und Frauen – Chancen und Risiken der neuen Arbeitsmarktgesetze«, im belladonna wurde unter der Fragestellung »Wo bitte geht's zur Zukunft?« über Auswirkungen der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Schaffung von sog. »Ich-AGs« debattiert. Die Gewerkschafterinnen fragten nach

den beruflichen Perspektiven von Arbeitnehmerinnen, die durch die neuen Jobcenter verpflichtet wurden, beinahe jede Arbeit anzunehmen.

2005 lud der BFA nach zweijähriger Pause wieder in die Obere Rathaushalle zur Ehrung der »Frau des Jahres« ein. Die Sozialpädagoginnen Andrea Wessel und Manuela Kortmann wurden für ihre Beratung und Betreuung von Zwangsprostituierten und von Menschenhandel betroffenen Frauen ausgezeichnet.

2006

2006 fand die Festveranstaltung erst am 15. März statt. In dem Festvortrag setzte Prof. Dr. Ute Gerhard sich mit dem aktuellen Stand der Frauenpolitik auseinander und ging der Frage nach, ob eine neue Frauenbewegung notwendig sei.

Die ZGF und belladonna veranstalteten eine Podiumsdiskussion, die diese Frage auch unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels diskutierte. Zwar war schon in vorangegangenen Demonstrationen durch die Forderungen betroffener Rentnerinnen auf das Problem einer alternden Gesellschaft aufmerksam gemacht worden, aber erst jetzt rückte es in den Fokus der Frauentagsveranstaltungen.

Fast eine Sensation war die Ausgabe der Bild-Zeitung Bremen: Die Frauen hatten die gesamte Redaktion übernommen und stellten sowohl die Geschichte des Frauentages als auch aktuelle Probleme von Frauen dar.

2007



Nachdem der Wunsch nach stärkerer Bündelung der Aktionen deutlich geworden war wurde 2007 erstmals wieder eine zentrale gemeinsame Veranstaltung am 8. März durchgeführt. Sie war von einem breiten Frauenbündnis vorbereitet worden. Im Mittelpunkt stand dabei das Thema »Frauen und Arbeit«. Im Rahmen der Festveranstaltung des BFA in der Oberen Rathaushalle stellte Dr. Hella Baumeister mit ihrem Vortrag die Frage »Was bedeutet Arbeit für Frauen?« und behandelte die wechselvolle und widersprüchliche Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit seit der Durchsetzung des Frauenwahlrechts 1919. Sie verwies auf die immer noch bestehende Lohnungleichheit und die spürbare Diskriminierung von Frauen bei der Einbeziehung in leitende Funktionen in Wirtschaft und Politik.

Durch die Auswahl der »Bremer Frau des Jahres« wurde auch auf die beruflichen Probleme der Migrantinnen in der Arbeitswelt eingegangen. Die Preisträgerin war Ayten Kocaoglu, die erfolgreich die Koordinierungs- und Beratungsstelle des Vereins »Frauen in Arbeit und Wirtschaft« leitete. Mit seinem Angebot an Migrantinnen und Nichtmigrantinnen hatte er sich zu einem anerkannten und unverzichtbaren Partner der bremischen Arbeitsmarktpolitik entwickelt. In der anschließenden Podiumsdiskussion unter dem Titel »Wie arbeiten wir morgen?« mit Frauen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien wurde das Thema noch einmal vertieft.



Ein besonderes Ereignis war die erste Bremer Frauentagsveranstaltung am 15. März in Berlin. Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa, Staatsrätin Dr. Kerstin Kießler, hatte Frauen aus Kultur, Politik, Wissenschaft und Verwaltung in die Bremer Vertretung eingeladen. Dort referierten vor 150 Gästen die Vorsitzende des BFA, Gisela Hülsbergen, und das Vorstandsmitglied des BFA, die Historikerin Prof. Dr. Renate Meyer-Braun, über die 60-jährige Geschichte der bremischen Dachorganisation, der über 40 Frauenverbände angehören.

2008

Am 8. März 2008 »eroberten« die Frauen fast das gesamte Rathaus. In den verschiedenen Räumen wurden Projekte, Lesungen und Diskussionen angeboten. Das Motto des Frauentages war »Dialog der Generationen«, und deshalb wurde nicht nur die »Bremer Frau des Jahres« ausgezeichnet, sondern auch die Siegerin eines Schreibwettbewerbs zum Thema »Bist du wirklich gleichberechtigt oder fühlst du dich nur so?«, initiiert vom Mädchenkulturhaus, dem Migrantinnenrat und der Frauenunion.

»Bremer Frau des Jahres« 2008 wurde Antje Treptow. Mit ihr wurde eine junge Frau geehrt, die sich mit Engagement und Mut gegen die willkürlichen Maßnahmen der Firma Schlecker wehrte. Sie hatte als Filialeiterin ihre Teilzeitstelle mit familiengerechten Arbeitszeiten nach der Erziehungszeit vor Gericht erstreiten müssen.

2009

2009 informierten die Frauenorganisationen schon ab 11 Uhr im Rathaus über ihre Arbeit mit Informationsständen. belladonna präsentierte aus seinen Archivbeständen eine Ausstellung internationaler Plakate zum Frauentag, der BFA zeigte seine Dokumentation »60 Jahre BFA« und die Arbeitnehmerkammer die Fotoausstellung »Die Gesichter der Geschlechter«.

Anlässlich des Jubiläums »60 Jahre Grundgesetz« erinnerte Prof. Dr. Renate Meyer-Braun in ihrem Festvortrag an das zähe Ringen Elisabeth Selberts, SPD-Abgeordnete im Parlamentarischen Rat 1948/49, und ihrer außerparlamentarischen Mitstreiterinnen um die Aufnahme des schlichten Satzes »Männer und Frauen sind gleichberechtigt« in das Grundgesetz.

»Bremer Frau des Jahres« wurde Dr. Erika Riemer-Noltenius, die sich über Jahrzehnte hinweg für die Gleichstellung der Frau eingesetzt hatte. Sie war nicht nur lange Jahre Vorsitzende des Frauenausschuss, Gründerin einer Frauenpartei, sondern auch Initiatorin des »Beginenhofs« in der Neustadt, einer Wohnanlage, in der Frauen gemeinsam leben können.

Die Ausstellung des Vereins Bremer Frauenmuseum e.V. »90 Jahre Frauenwahlrecht in Bremen«, die in der Bürgerschaft und in der ZGF gezeigt wurde, nahm einen Ausgangspunkt für den Frauentag wieder auf.



Dr. Erika Riemer-Noltenius

Frauen in der Kirche gestalteten den Frauentag mit einem Gottesdienst unter der Losung: »*Geschaffen gleichberechtigt*«, der live von Radio Bremen und dem NDR übertragen wurde.

2010

Annette Düring,
DGB-Vorsitzende
Region
Bremen-
Elbe-Weser



2010 fand wiederum im Rathaus die Auszeichnung der »Bremer Frau des Jahres« statt. Der BFA wollte dann auch auf die zunehmende Armut und Ausgrenzung, insbesondere auf die Frauenarmut in Bremen verweisen. Er ehrte Gabriela Hüttinger, »Suppenengel« genannt, weil sie an verschiedenen Plätzen eine warme Suppe an Obdachlose ausschenkte.

Wie schon in anderen Jahren zuvor, wurde im Gewerkschaftshaus gefeiert. »*Frauen erkämpf(t)en ihren Tag*« war das Motto des DGB für dieses Jahr. Dagmar Stuckmann referierte zur Entstehungsgeschichte des Internationalen Frauentages. Annette Düring, neue Vorsitzende des DGB Bremen/Elbe Weser, stellte in ihrer Rede fest, dass Frauen, gemessen an den Verhältnissen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als der Frauentag beschlossen wurde, einiges erreicht hätten. Aber viele alte Probleme bestünden bis heute. Frauen verdienten im Durchschnitt 24 Prozent weniger als Männer und diese hielten zudem immer noch die entscheidenden Führungspositionen besetzt.



Frauen aus Ghana
beim Fest in Tenever

Die Diskussion um den Stellenwert des Frauentages, die in den vergangenen Jahren immer wieder aufflammte, wurde durch zwei Positionen noch einmal entfacht. Am 8. März 2010 richtete die »Frankfurter Rundschau« an Alice Schwarzer die Frage: »Ist der Frauentag überflüssig?« Ihre Antwort: »Ja«, denn »der 8. März ist eine sozialistische Erfindung«. Und die Frauenbewegung sei gerade aus Protest gegen eine sozialistische Linke entstanden, »die zwar noch den letzten bolivianischen Bauern befreien wollte, die eigenen Frauen und Freundinnen aber weiter Kaffee kochen, Flugblätter tippen und Kinder versorgen ließ. Und die realsozialistischen Länder waren in den oberen Etagen auch frauenfrei«. Und deshalb – so Alice Schwarzer – sei der Frauentag »der reinste Hohn«. Offenbar war ihr die Entwicklung des Frauentages hin zu einem Tag entgangen, an dem die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die immer noch bestehenden und wieder neu entstehenden Benachteiligungen, Zurücksetzungen und Zumutungen aller Frauen (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) gelenkt wurde und von dem viele Impulse zur Veränderung der Situation ausgegangen sind.

Im Gegensatz zu Schwarzers Ablehnung des Frauentags beantragten 2009 Monique Troedel und die Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft, den Internationalen Frauentag zu einem gesetzlichen Feiertag in Bremen zu machen. Die SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses der Bürgerschaft, Ursula Arnold-Cramer, machte den Vorschlag, darüber in eine außerparlamentarische Debatte einzutreten: »Nehmen wir alle in diese Diskussion auf, die in verschiedenen Verbänden aktiv sind, und alle Punkte, zu denen auch die Forderung nach einem gesetzlichen Feiertag 8. März gehört. Wenn dann aus den Frauenverbänden heraus nicht nur in Bremen, sondern bundesweit die Forderung nach einem Feiertag erhoben wird, dann kann sich die Männerwelt, so bin ich mir sicher, dem kaum widersetzen«.



Abkürzungsverzeichnis

ASF	Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BBZ	Bremer Bürgerzeitung
BFA	Bremer Frauenausschuss
BN	Bremer Nachrichten
BVZ	Bremer Volkszeitung
BZ	Bremer Zeitung
DAB	Dachverband der Ausländer Kulturvereine
DFI	Demokratische Fraueninitiative
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
IDFF	Internationale Demokratische Frauenföderation
IFFF	Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
KI	Kommunistische Internationale
NGO	Non-Government Organization; dt. Nicht-Regierungsorganisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WK	Weser Kurier
ZGF	Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau



- 1909 Propagierung eines Frauenkampftages durch amerikanische Sozialistinnen
- 1910 2. Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen, Beschluss, einen Frauentag durchzuführen
- 1911 Aktionen von Frauen in Deutschland, Dänemark, Österreich, Schweiz, USA
Öffentliche Frauenversammlung in Bremen
- 1914 Aktionen am 10. März im Rahmen der »Roten Woche«
- 1916 Volksversammlung am Frauentag
- 1917 Streik der Textilarbeiterinnen in Petersburg am 23. Februar (8. März)
Russische Revolution
- 1919 Wahl der Bremischen Bürgerschaft, 18 weibl. Abgeordnete
- 1921 Frauenversammlung der KPD
- 1923 Beschluss der Internationalen Frauenkonferenz der Sozialdemokratinnen, den Internationalen Frauentag wieder einzuführen
- 1926 Gemeinsame Aktionen von SPD und KPD zum Frauentag gegen die Fürstenabfindung
- 1931 Demonstrationen der SPD und KPD und Kundgebung
- 1933 Verbot des Frauentages durch den Nationalsozialismus
- 1943 Aktion von Zwangsarbeiterinnen bei Borgward
- 1946 Gründung des Bremer Frauenausschuss durch Irmgard Enderle, Anna Stiegler, Agnes Heineken, Käthe Popall und Anna-Klara Fischer
- 1949 Frauentag der SPD – Kampf gegen Wiederbewaffnung
- 1951 Demonstration der KPD von Walle zum Rathaus
- 1953 Aktionstag des DFD gegen Remilitarisierung,
Festveranstaltung der SPD
- 1955–1958 Veranstaltungen der SPD gegen atomare Bewaffnung
- 1961–1966 Festveranstaltungen der SPD
- 1975 Die UNO-Vollversammlung erklärte das Jahr 1975 zum Internationalen Jahr der Frau und der Internationale Frauentag wurde als Weltfrauentag in den UNO-Kalender übernommen.
- 1976 Frauenfest der DKP und der DFI



- 1979 Beschluss der 10. DGB-Bundes-Frauenkonferenz, den Internationalen Frauentag generell durchzuführen, um am 8. März frauenpolitische Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen
- 1980 Kundgebung und Fest in der Uni-Mensa auf Initiative der DFI
- 1981 Fest in der Kesselhalle des Schlachthofs
- 1982 Beschluss des 12. Bundeskongress des DGB, den Internationalen Frauentag auf allen Ebenen zu begehen
- 1983 Demonstration, Kundgebung und Frauenfest
- 1884 Demonstration und Kundgebung
- Gründung der Bremer Frauenrunde
- jährlich Demonstrationen, Kundgebungen und Festveranstaltungen, veranstaltet von zahlreichen Organisationen und Einrichtungen
- 1992 Gemeinsame Erklärung mit dem neugegründeten Unabhängigen Frauen Verband der Partnerstadt Rostock, zahlreiche Veranstaltungen
- 1994 Frauenstreiktag mit Kundgebung und zahlreichen Aktionen in verschiedenen Einrichtungen und in der Innenstadt
- 1995 Festakt in der Bürgerschaft, Mädchenparlament
- 1996 Frauenbörse im Rathaus, 2. Mädchenparlament in Tenever, Demonstration und Frauenparlament in der Bürgerschaft
- 1998 Internationaler Kongress des belladonna – Kultur-, Kommunikations- und Bildungszentrum für Frauen e.V.
- 1999 Festakt in der Oberen Rathauhalle, veranstaltet vom Bremer Frauenausschuss, erstmals Auszeichnung der »Bremer Frau des Jahres«
- 2000–2003 Festveranstaltung des BFA und zahlreiche Veranstaltungen über das gesamte Stadtgebiet, Feste im DGB-Haus und im Bürgerhaus Tenever
- 2005–2006 Festveranstaltung des BFA und zahlreiche Veranstaltungen im gesamten Stadtgebiet
- 2007 Bremer Frauentagsveranstaltung am 15. März in Berlin in der Bremer Vertretung
- 2008–2010 Festveranstaltung des BFA und zahlreiche Veranstaltungen im gesamten Stadtgebiet



**NOUSHIN
AHMADI KHORASANI**
Iran



geb. 1969
in Teheran, Iran

Die 1969 geborene Journalistin, Schriftstellerin und Übersetzerin Noushin Ahmadi Khorasani ist eine Schlüsselfigur der aktuellen Frauenrechtsbewegung im Iran. Sie ist Autorin zahlreicher Publikationen über die iranische Frauenbewegung, arbeitete am ersten iranischen Frauenkalender mit und gewann 2004 den Latifeh Yarshater Award.

Ein herausragendes Projekt initiierte Noushin Ahmadi Khorasani 2006 zusammen mit weiteren iranischen Aktivistinnen 2006 mit der »Eine Million Unterschriften Kampagne«, die sich zum Beispiel gegen ungleiches Erbrecht einsetzt. Die Aktion bewegt sich innerhalb der islamischen Verfassung, denn wenn eine Million Unterschriften gesammelt sind, muss sich das Parlament mit dem Anliegen befassen. Noushin Ahmadi Khorasani dokumentiert nicht nur den Fortschritt der Kampagne, sondern erstellt eine Fallstudie, die die Dynamik von sozialen Bewegungen im 21. Jahrhundert analysiert. Ihr Buch »Campaign for Equality. The inside story« ist 2010 in der englischen Übersetzung erschienen.

Aufgrund ihres frauenrechtlichen Engagements wurde Noushin Ahmadi Khorasani 2007 zu drei Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Gleich nach ihrer Freilassung im September 2010 wurde sie erneut wegen Verbreitung regimekritischer Aktivitäten und Publikationen angeklagt. Sie ist zurzeit bis zu einem erneuten Gerichtstermin auf Kaution frei.

Der Internationale Frauentag hat gerade seit der islamischen Revolution im Iran 1979 eine besondere Bedeutung erlangt. Wenig später wurde der Internationale Frauentag verboten. Die Versammlungen konnten nur noch privat stattfinden. Diese Erfahrungen gaben den politisch aktiven iranischen Frauen den Impuls nach eigenständigen Frauenorganisationen zu streben.

Der 8. März ist und bleibt für die Frauen im Iran wie Noushin Ahmadi Khorasani ein Tag des Widerstands.

CEVAHIR CANSEVER
Deutschland



geb. am 5. Juni 1955
in Tunceli, Türkei

Cevahir Cansever engagiert sich seit über 30 Jahren für die Rechte von Migrantinnen in Bremen.

Am 5. Juni 1955 in Tunceli in der Türkei geboren, gehörte sie zur zweiten Generation von Mädchen, die ein Gymnasium besuchen konnten. Cevahir fühlte sich der Frauenbewegung verbunden, die eher linksorientiert war. Der Drang nach Freiheit bestärkte sie mit 18 Jahren alleine nach Deutschland zu gehen. Von 1973–1979 war sie Gastarbeiterin bei Siemens in München. Aufgrund der ständigen Schichtarbeit kündigte sie die Stelle und zog nach Bremen. Hier heiratete sie 1980 und 5 Jahre später kam ihre Tochter zur Welt. Sie war im Vorstand des türkischen Arbeiternehmervereins tätig und konzentrierte sich hier auf sogenannte Frauenthemen. 1985 war sie im Vorbereitungsteam der Internationalen Frauenkonferenz in Amsterdam. Hier definierten sich die Teilnehmerinnen erstmals als »Migrantinnen« statt als »Ausländerinnen«.

1985 trat sie im Fachbereich Migration der Arbeiterwohlfahrt Bremen eine Stelle in der Frauen- und Mädchenberatung an. Ihre Schwerpunkte sind bis heute die Beratung von Migrantinnen bei

häuslicher Gewalt und Zwangsheirat. Ihre steten Bemühungen um einen Studienplatz blieben lange Zeit aufgrund ihres ausländischen Schulabschlusses erfolglos. Nach einer Ausbildung zur systemischen Familienberaterin konnte sie 2007 das Studium der Sozialarbeit und Sozialpädagogik an der Universität Bremen dann doch abschließen.

Ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement für die Internationalen Frauentage prägten auch negative Erfahrungen. Zweimal wurde die von ihr verfasste Rede für die 8. März-Kundgebung zensuriert, weil sie die Benachteiligungen für Migrantinnen durch das Ausländergesetz kritisierte. Ebenso gab es in der Frauenbewegung selbst zahlreiche Konflikte zwischen deutschen und eingewanderten Frauen. Der 8. März ist für Cevahir Cansever ein wichtiger Anlass, an die Geschichte der internationalen Frauenbewegung zu erinnern und die Solidarität von Frauen aus verschiedenen Kulturen zu stärken.

VIOLETA DELGADO
Nicaragua

geb. am 6. Januar 1969
in Diriomo, Nicaragua

Violeta Delgado ist seit vielen Jahren in der Autonomen Frauenbewegung Nicaraguas (MAM / Movimiento Autónomo de Mujeres) engagiert, darüber hinaus arbeitet sie u.a. am Sozialforschungszentrum CINCO.

Ihr Verständnis von Feminismus beinhaltet sowohl den Kampf für die Rechte von Frauen, als auch die Einflussnahme auf alle Bereiche in Gesellschaft und Politik.

Violeta Delgado wurde am 6. Januar 1969 geboren und lebt in Managua. Hier studierte sie Mathematik und Informatik, war Vorsitzende der StudentInnen-Vereinigung und bis 1994 Vizepräsidentin der Sandinistischen Jugend, einer linken Befreiungsbewegung in Nicaragua.

Mit 24 Jahren wurde Violeta Delgado 1994 zur Generalsekretärin des Frauennetzwerks gegen Gewalt an Frauen gewählt, in dem sie acht Jahre lang aktiv war.

Häusliche und sexuelle Gewalt gehörten damals wie heute zum Alltag vieler Mädchen und Frauen in Nicaragua. 2003 wurden Violeta Delgado und acht andere Frauenrechtlerinnen angezeigt, weil sie einem neunjährigen Mädchen zur Abtreibung verhalfen, obwohl dieser Abbruch aufgrund der erfolgten Vergewaltigung damals legal war.

2006 sorgten Ortega, der Präsident Nicaraguas und die sandinistische FSLN-Partei mit einem generellen Abtreibungsverbot für weltweite Proteste. Violeta Delgado und ihre Frauenorganisation »MAM« brachten eine Verfassungsklage dagegen ein. Mit der Kampagne gegen die Strafgesetzgebung einer rückschrittlichen Linken, die das Recht auf Selbstbestimmung immer mehr einschränkte, wollten Feministinnen auch auf die Situation der diskriminierten Homosexuellen aufmerksam machen.

Anlässlich des Internationalen Frauentags 2007 wurde Violeta Delgado zu einer Rundreise nach Berlin, Hamburg und Münster eingeladen, um über ihr feministisches Engagement in Nicaragua zu berichten. Für die Durchsetzung von Frauenrechten seien ihrer Meinung nach eine regierungsunabhängige Zivilgesellschaft und eine starke Frauenbewegung wichtig.

ELIZABETH GURLEY FLYNN
USA

geb. am 7. August 1890
in New Hampshire, USA
gest. am 5. September 1964
in Moskau, Sowjetunion

Elizabeth Gurley Flynn wuchs in einer politisch engagierten Familie in New Hampshire auf. Mit 16 Jahren trat sie erstmals selbst als Rednerin auf. Als Folge ihres politischen Engagements musste sie die High-School verlassen. 1904 trat sie der neugegründeten Gewerkschaft IWW (Industrial Workers of the World) bei, die vor allem Frauen, ungelernete Arbeiter, Wanderarbeiter und Afroamerikaner organisierte.

1907 wurde sie in der IWW als Organisatorin angestellt. Sie beiste als Agitatorin das ganze Land und lernte die miserablen Bedingungen in den Fabriken, Bergwerken und Kohlegruben der USA kennen. Als Siebzehnjährige heiratete sie den Bergarbeiterführer Jack Jones; von dem sie sich jedoch trennte, als er von ihr während der Schwangerschaft verlangte, ihre Tätigkeit aufzugeben.

Die alleinerziehende Mutter war weiterhin aktiv als Rednerin und Organisatorin. So auch beim Lawrence Textil-Streik 1912 in den Betrieben der American Woolen Company, die mehr als 22.000 Menschen beschäftigte, davon die Hälfte Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren. Aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen starben in den ersten drei Jahren ihrer Beschäftigung mehr als 36 % dieser jungen Frauen. Als die wöchentliche Arbeitszeit herabgesetzt wurde, befürchteten die Beschäftigten Lohnkürzungen und mehr als 20.000 streikten. Elizabeth Gurley Flynn organisierte die Frauen, die unter der Losung »Wir wollen Brot und Rosen« ihren Anspruch auf umfassende lebenswürdige Bedingungen deutlich machten.

Mit dem Kriegsbeginn wurde die Arbeit der IWW aufgrund großer Repressalien immer schwieriger. Gewalttätige Übergriffe gegen GewerkschafterInnen waren an der Tagesordnung und führten u. a. zur Verhaftung der anarchistischen Gewerkschafter Sacco und Vanzetti.

Elizabeth Gurley Flynn engagierte sich für deren Freilassung. Nach der Exekution beider wurde sie schwer herzkrank und lebte 10 Jahre zurückgezogen in Oregon bei der Feministin Dr. Marie Equi.

Wieder gesund wurde sie 1936 Mitglied der Kommunistischen Partei der USA. In der McCarthy-Zeit wurde sie wegen »staatsumstürzlerischer Absichten« verurteilt und zwei Jahre inhaftiert. 1961 war Elizabeth Gurley Flynn Vorsitzende der Kommunistischen Partei der USA. Auf einer Reise in die Sowjetunion 1964 verstarb sie plötzlich.

GABI-GRETE KELLERHOFF
Deutschland

geb. 26. Mai 1950 in Bochum

Die Sozial- und Kulturpädagogin Gabi-Grete Kellerhoff hat sich über 10 Jahre lang um die Organisation und Durchführung des Internationalen Frauentags in Bremen verdient gemacht.

Sie wurde am 26. Mai 1950 als älteste von drei Kindern in Bochum geboren. Mit 17 Jahren begann sie eine Lehre als Industriekauffrau und engagierte sich in der Lehrlingsbewegung, die parallel zur 1968er StudentInnenbewegung für die Rechte von Auszubildenden eintrat.

Seit dieser Zeit war sie aktiv in der Gewerkschaft, hat aber auch die oppositionelle Gewerkschaftsbewegung bei Opel in Bochum unterstützt.

In Bochum und Bremen studierte sie Sozialpädagogik und arbeitete von 1974 bis 1984 als Heimerzieherin beim Amt für Soziale Dienste in Bremen. Gleichzeitig war sie Personalrätin.

Neben dem eigenen Theater-, Clown- und Kabarettspiel initiierte sie betriebliche Kultur- und Kabarettgruppen und wirkte bis 1995 vor allem im kulturellen Bereich. Der ÖTV/DGB Kreisfrauenausschuss, in dem sie seit 1985 aktiv war, wurde zur Keimzelle ihres Engagements für den 8. März.

Das Jahr 1994 bedeutete für sie einen Höhepunkt ihrer Arbeit für den Frauentag. Es wurde bundesweit zum Frauenstreik aufgerufen. In Bremen wurde der Roland zur »Rolanda«, die Universität zur »Flora Tristan Universität« und viele Straßen erhielten die Namen von Frauenrechtlerinnen. Bei der Kundgebung auf dem Marktplatz prangerten Gabi-Grete Kellerhoff und andere die Benachteiligung von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft an.

1994 trat sie eine Stelle im evangelischen Arbeitslosenzentrum Tenever an. Dort war sie neben der Erwachsenenbildung für Stadtteil- und Kulturarbeit zuständig.

Mit der AG-Frauen Tenever organisierte sie seit 1995 jährlich Internationale Veranstaltungen zum Frauentag.

Nach 1997 blieb Gabi-Grete Kellerhoff weiterhin politisch und kulturell aktiv, zog sich aber nach und nach aus der Organisation des 8. März in Bremen zurück.

Seit 2008 lebt sie im erfüllten (Un)Ruhestand.

ELIZABETH KHAXAS
Namibia

geb. am 25. Juni 1960
in Karibib, Namibia

Elizabeth Khaxas, eine treibende Kraft der namibischen Frauenbewegung, wurde am 25. Juni 1960 in Karibib (Namibia) geboren. In Südafrika studierte sie biblische Studien und Pädagogik und arbeitete einige Jahre als Lehrerin und später als Schulleiterin. 1985 kam ihr Sohn Ricky zur Welt.

Bereits 1989 gründete sie die Organisation Women's Solidarity, mit der sie Gewalt an namibischen Frauen bekämpfte. 1990 lernte sie ihre deutsche Lebensgefährtin Liz Frank kennen. Mit dem Rainbow Project 1997 setzte sie sich gegen Homophobie ein und bekannte sich als erste Frau zur Homosexualität in der namibischen Öffentlichkeit trotz der damaligen Hetzreden einiger führender Politiker. Gewalt gegen Homosexuelle findet in Familien oder Nachbarschaften statt und ist aufgrund von Scham der Betroffenen häufig nicht öffentlich sichtbar. Trotz modernem Rechtsschutz ist ebenso Gewalt an Frauen weit verbreitet. Der gesetzlichen Gleichstellung von Frauen stehen Arbeitslosigkeit, Armut und sehr hohe Müttersterblichkeits- und HIV Infektionsraten gegenüber.

1999 wurde Elizabeth Khaxas Direktorin der ersten Frauenzeitung »Sister Namibia«. Sie führte Kampagnen für die politische Beteiligung von Frauen (50/50 Kampagne), die sexuellen Rechte und die Rechte von lesbischen Frauen mit der "Sister Namibia" durch. Für Frauen Bürgerrechte einzufordern, eine der grundsätzlichen Anliegen des Internationalen Frauentags, war ihr Arbeitsschwerpunkt in dieser Zeit. 2004 gründete Elizabeth Khaxas das Women's Leadership Center. Hier wird durch Schreib- und Kunstprojekte marginalisierten Frauen die Möglichkeit gegeben eigene Texte und Bilder zu veröffentlichen. Die Geschichten der Frauen machen endlich das Trauma der Unterdrückung sichtbar. Eine Gegenkultur entwickelt sich auf der Grundlage eines einheimischen Feminismus.

**MARTHA ELISABETH
SELBERT**
geb. Rohde
Deutschland

geb. am 22. September 1896
in Kassel
gest. am 6. Juni 1986
in Kassel

»Männer und Frauen sind gleichberechtigt« – diese Formulierung im deutschen Grundgesetz mit weitreichenden Konsequenzen für die Gesetzgebung verdanken wir Elisabeth Selbert.

Sie wuchs in einer protestantischen Familie in Kassel auf. 1918 lernte sie Adam Selbert kennen. Der politisch engagierte Buchdrucker war damals Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Niederwehren bei Kassel. Elisabeth trat Ende des Jahres in die SPD ein. Sie heiratete Adam Selbert, bekam zwei Söhne und war weiterhin trotz Beruf und Familie in der Politik tätig. Sie holte das Abitur nach und studierte Rechtswissenschaft. Unter den Nationalsozialisten verlor Adam Selbert als »roter Funktionär« seine Arbeit und wurde kurzzeitig in einem KZ interniert. Mit ihrer Anwaltspraxis verdiente sie bis 1945 allein den Lebensunterhalt ihrer Familie. Nach Kriegsende wurde Elisabeth Selbert 1948 in den Parlamentarischen Rat gewählt. Hier wurde das neue Grundgesetz für die BRD ausgearbeitet. Zu ihrem eigenen Erstaunen konnte sie sich zunächst nicht mit der Formulierung »Männer und Frauen sind gleichberechtigt« durchsetzen. Nur durch eine überwältigende außerparlamentarische Mobilisierung von Frauen und Frauenverbänden fand diese Formulierung Eingang ins Grundgesetz. Dies war eine revolutionäre Umwälzung der Rechtsstellung der Frau in allen Lebensbereichen.

Im Gegensatz zu den anderen weiblichen Delegierten im Parlamentarischen Rat erhielt Elisabeth Selbert kein Bundestagsmandat und auch ihre Kandidatur als Bundesverfassungsrichterin scheiterte. Ihre Partei, die SPD, hatte Ihre Kompetenz niemals entsprechend gewürdigt. Von ihrer Mitgliedschaft im hessischen Landtag zog sie sich Ende der 50er Jahre zurück und arbeitete weiter als Anwältin bis zu ihrem 85. Lebensjahr.

Es war Elisabeth Selbert ein besonderes Anliegen Frauen ihre staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, die mit dem Internationalen Frauentag erkämpft wurden, nahe zu bringen.

**ANNA SOPHIE
MARIE AUGUSTE STIEGLER**
gesch. Vogt, geb. Behrend
Deutschland

geb. am 21. April 1881
in Penzlin
gest. am 23. Juni 1963
in Bremen

Der Tochter einer Landarbeiterfamilie blieb eine Ausbildung versagt und so ging sie als »Kinderfräulein in Stellung«, 1905 wurde sie Mitglied der SPD. Sie zog nach Bremen und heiratete Carl Stiegler. Sie war als Schriftführerin in der SPD-Frauengruppe und leitete 1918 die Frauenversammlung während der Räterepublik. 1919 trat sie aus der SPD aus und in die USPD ein. Als deren Kandidatin wurde sie in die Bremische Nationalversammlung (später Bürgerschaft) gewählt und blieb dort auch nach der Vereinigung von SPD und USPD bis 1933 Abgeordnete.

Anna Stiegler war Sprecherin der Sozialdemokratischen Frauen. Gegen den zunehmenden Einfluss faschistischer Kräfte mobilisierte die SPD und formulierte zum Frauentag 1931 den Aufruf unter dem Motto »Gegen Krieg und Naziterror, für Sozialismus und Frieden«.

Nach der Machtübernahme Hitlers organisierte Anna Stiegler den Widerstand unter den SPD-Frauen. 1935 wurde sie wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt und nach Verbüßung der Strafe in das Konzentrationslager Ravensbrück gebracht.

Zurückgekehrt nach Bremen war sie Mitbegründerin und Vorsitzende des Bremer Frauenausschuss. Sie leitete die Frauengruppe in der SPD. Ab Mitte der 50er Jahre engagierte sie sich u. a. in der »Kampf-dem-Atomtod-Bewegung«, auch die Frauentage der SPD standen unter diesem Motto.

Mehr und mehr geriet sie, die von ihren Mitstreiterinnen als eigensinnig und manchmal starrköpfig bezeichnet wurde, in Widerspruch zu den jüngeren Frauen in der SPD, und so gab sie schließlich 1963 ihre Funktion als Leiterin der Frauenarbeit auf. Im selben Jahr starb sie. Sie war die erste Frau in Bremen, die nach ihrem Tod mit einem Staatsakt gewürdigt wurde.

RENATE WURMS

geb. Linke
Deutschland



geb. am 10. Januar 1941
in Wallau
gest. am 1. April 2009
in Dortmund

Schreibend, informierend, bildend und demonstrierend setzte sich die Autorin und Soziologin Renate Wurts für Ihre Überzeugung »Frauenrecht ist Menschenrecht« ein.

1941 wurde Renate Linke in Wallau an der Lahn geboren, als dritte Tochter des Pfarrers Karl Linke und seiner Frau Anna Linke. Sie studierte Soziologie in Münster, Göttingen und Frankfurt und heiratete 1965 den Wissenschaftler Christoph Wurts. Die beiden bekamen zwei Kinder und lebten dreißig Jahre in einer Hausgemeinschaft.

In den frauenbewegten siebziger Jahren in der BRD brachte sich Renate Wurts aktiv u.a. gegen den § 218 und beim Frauenforum im Revier 1979 ein. Mit der Demokratischen Frauen Initiative (DFI) setzte sie sich im zentralen Arbeitskreis seit 1979 für »Frieden, Entwicklung und Gleichberechtigung« ein. Frauendiskriminierung in der BRD wurde hier im gesellschaftlichen Zusammenhang gesehen und der weibliche Lebenskontext rückte ins Zentrum.

Mit ihrer Gabe zum Formulieren und ihren eigenen Standpunkten setzte sich Renate Wurts für verschiedenste Frauenthemen ein. Sie war Mitautorin des bekannten »Weiberlexikons«, das bereits in der 5. überarbeiteten Auflage vorliegt. Ab 1991 arbeitete sie beim Kalender »wir frauen« mit und gestaltete als Redakteurin die Zeitschrift »wir frauen«. Zum Internationalen Frauentag brachte sie Bücher heraus und schrieb Artikel zur Geschichte der Frauenbewegung. Als freie Journalistin suchte sie mit Themen quer zum Mainstream wie Lohn für Hausarbeit oder zivile Militarisierung die Herausforderung.

Von 1993 bis 2005 war Renate Wurts als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Lünen tätig. Ihr außerparlamentarisches Engagement für die Frauenbewegung litt keineswegs unter dieser institutionellen Gebundenheit.

Sie plädierte für einen neuen Feminismus, denn »Neue Aufbrüche und Bewegungen sind möglich und angesichts der »unerledigten Dinge« notwendig.« Dieser Gedanke von Renate Wurts, die 2009 verstarb, ist eines ihrer Vermächtnisse.

CLARA JOSEPHINE ZETKIN
geb. Eißner, verh. Zundel
Deutschland

geb. am 5. Juli 1857
in Wiederau, Sachsen
gest. am 20. Juni 1933
Archangelskoje/
damalige Sowjetunion

Clara Zetkin war eine der bedeutendsten Politikerinnen und eine engagierte Frauenrechtlerin. Sie gilt als eine der maßgeblichen Initiatorinnen des Internationalen Frauentags in Deutschland Als Clara Josephine Eißner wurde sie am 5. Juli 1857 in Wiederau in Sachsen geboren. Ihr Mädchenname ist nur wenigen bekannt. Den Namen Zetkin nahm sie in Frankreich an, wohin sie nach ihrer Ausbildung im Lehrerinnenseminar in Leipzig und ihrer Tätigkeit als Hauslehrerin zog. Sie folgte dem russischen Sozialisten Ossip Zetkin nach Paris, wo das Paar unverheiratet zusammenlebte und zwei Söhne bekam. Clara wurde in der Sozialistischen Partei Frankreichs aktiv. Ossip Zetkin erkrankte und starb 1889. Auf dem Gründungskongress der II. Internationale in Paris hielt sie erstmals eine Rede zum Thema »Für die Befreiung der Frau«.

Die alleinerziehende Mutter ging 1890 nach Stuttgart. Durch das Schreiben von Artikeln für verschiedene sozialistische Zeitungen bestritt sie den Lebensunterhalt. Sie war Leiterin der Zeitschrift »Gleichheit« die bis 1905 zur auflagenstärksten Frauenzeitung avancierte. 1895 wurde sie in den Parteivorstand der SPD gewählt – die erste Frau in einer Parteiführung. Sie verfasste zahlreiche grundlegende Schriften zum Thema Gleichberechtigung der Frau und trat auf vielen Veranstaltungen als Rednerin auf.

1910 brachten sie und Käthe Duncker den Antrag zur Durchführung des Internationalen Frauentags auf der II. sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen ein, der mehrheitlich angenommen wurde. Die Zustimmung der Mehrheit der Sozialdemokraten im Reichstag zu den Kriegskrediten erschütterte sie und führte zu ihrem Austritt aus der SPD.

Auch privat erlebte sie schwere Zeiten, denn ihr 18 Jahre jüngerer Ehemann, trennte sich von ihr und sie erkrankte schwer. Erst 1919 konnte sie wieder aktiv werden. Sie trat der neugegründeten KPD bei und war deren Spitzenkandidatin für den Reichstag, dem sie bis 1933 angehörte. Sie wurde Leiterin des internationalen Frauensekretariats der Kommunistischen Internationale, die 1921 beschloss, den Frauentag jährlich am 8. März zu begehen.

Zu ihrer letzten Rede im Reichstag 1933 reiste sie – mittlerweile fast blind und sehr schwach – aus der Sowjetunion ein. Hier hielt sie sich zeitweilig aus gesundheitlichen Gründen auf. Unbeirrt von den Drohungen und wüsten Beschimpfungen der Nationalsozialisten trat sie leidenschaftlich für »die Einheitsfront der Werktätigen« ein, um den Faschismus zurückzuwerfen. Am 20. Juni 1933 starb sie in Archangelskoje.

Bildquellen

Staatsarchiv Bremen:

9,F-1919-00 SPD

9,F-269Stabi1919SPDFürsten.jpg

9,F-356SStabiSPD29Nazis.jpg

10,B-1977-0011Bank.jpg

10,B-AL-505.tif

10,B-1926-0011StabiRotfrauen.jpg

9,P-1924-00,FB1260-90.TIF

1931 AZ 4 März .jpg

10,B-1979-0011,003Stabi89Spray.jpg

10,B-1979-0011,001DKOPPlakat.jpg

Archivsammlung Siegfried Scholze Leipzig: S. 18

Regina Contzen: S. 29, 30, 31, Zeittafel

Gabi-Grete Kellerhoff: S. 32, 34, 35, 40, 41, 42, 43

Bärbel Reindl: S. 39

The Feminist School: S. 48 (Porträt N. Ahmadi Khorasani)

Liz Franz: S. 51 (Porträt E. Khaxas)

Photo Brockhus: S. 48 (Porträt C. Cansever)

Utta Sparrer: S. 49 (Porträt V. Delgado)

Matthias Wurm: S. 53 (Porträt R. Wurms)

Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung Kassel –

Nachlass Elisabeth Selbert: S. 52 (Porträt E. S.)

Impressum

Grafische Gestaltung
Broschüre und
Ausstellungsdesign:

Designbüro Möhlenkamp, Bremen
Marlis Schuldt
Jörg Möhlenkamp
dm-bremen.de

Druck:

Druckerei Girzig & Gottschalk, Bremen

© 2011